

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbst-  
abholung 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für  
1 Monat 2.— Mk. (Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.) —  
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13008.

Inseratenpreise:  
Die 7spaltige Zeile 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 70 Pfg.  
Besgl. bei Platzvorschrift 53 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 77 Pfg.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.  
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die U. S. B. und Sowjetrußland.

### Nichtigstellung einer Agitationslüge.

Die unabhängigen Volksbeauftragten für eine Verständigung mit Sowjetrußland.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. B.) In den Ausführungen des Außenministers Hermann Müller in der Nationalversammlung, daß auch die unabhängigen Volksbeauftragten es seinerzeit abgelehnt hätten, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufzunehmen, gibt Genosse Wilhelm Dittmann in der Freiheit eine eingehende Darstellung des Sachverhalts, der folgendes zu entnehmen ist:

Tatsächlich waren die Unabhängigen in der Regierung immer für die Wiederaufnahme der kurz vor der Revolution abgebrochenen diplomatischen Beziehungen. Gegen dies sofort gestellte Verlangen wandten sich aber Oberl., Scheibemann und Landsberg, inspiriert von dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Solz, der die Ausweisung des Bolschewisten Joffe veranlaßt hatte. Solz, unterstützt von den Rechtslogikern, erklärte, daß ein Gesandter, der sich in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates eingemischt habe, nicht in welchem Sinne, unmöglich sei. Es kam bei diesen Auseinandersetzungen zu scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Staatssekretär Solz und dem Genossen Haase. Eine Verständigung im Kabinett war nicht zu erzielen. Sie wurde anheftig kritisiert durch Vertreter der Sowjetregierung selbst. In einem Ferngespräch, das ein Vertreter der Sowjetregierung in Moskau mit dem Genossen Haase führte und das von dem Fernschreiberapparat des Auswärtigen Amtes gleichzeitig niedergeschrieben wurde, wurde mitgeteilt, daß Abgeordnete der Sowjetregierung unterwegs nach Deutschland seien, um hier in den Gefangenenlagern unter den französischen und englischen Gefangenen revolutionäre Propaganda zu treiben. Solz, Oberl., Scheibemann und Landsberg war das ein erneuter Beweis für die Unmöglichkeit, mit der Sowjetregierung die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen zu können. Dazu kam ferner noch die öffentlich aufgestellte, unbegreifliche Behauptung Joffes über die von ihm angeblich den deutschen Genossen gegebene Gelder: Behauptungen, die es uns drei unabhängigen Kabinetsmitglieder in jener Situation ganz unmöglich machten, mit unserm Verlangen durchzudringen.

Dittmann betont, daß er und seine Freunde trotzdem bis zum Ausschneiden aus der Regierung für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland bemüht gewesen seien.

### Ein Funkpruch aus Moskau.

Alle sozialistische Parteien einig.

Aus Moskau kommt vom 20. Oktober folgender, und verspätet zugegangener Funkpruch:

Ausländische Funkprache Lindigen an, daß St. Petersburg und Kronstadt angeblich eingenommen worden seien. In Wirklichkeit sind Kronstadt und St. Petersburg fest in den Händen ihrer sowjetischen Verteidiger, und die Roten Truppen, weit entfernt davon, an das Aufheben ihrer Stellungen auch nur zu denken, haben einen schon von Erfolg gekrönten Gegenangriff unternommen.

Die erste Lage der Revulüt hat alle Parteien geeinigt. Nach den Menschenwilen und den internationalen Sozialdemokraten haben nun auch die Sozialrevolutionäre der Rechten alle ihre Parteigänger aufgefordert, sojehin in die Rote Armee einzutreten, um mit den Kommunisten auf allen Vollen der Front an der Verteidigung des Landes mitzuarbeiten.

Die Vereinigung der ehemaligen Arbeiterorganisationen hat in Moskau in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, mit dem Verteidigungsausschuß einvernehmlich zu arbeiten. Das Hauptkomitee des Jugendbundes hat seine besten Kader nach Petersburg entsendet. Der Sowjet von Petersburg hat sich zur Front begeben.

Der Plan Trotskys geht nicht nur auf sofortige und angebliche Verstärkung der Front, sondern auch auf Verteidigung von Petersburg, von Strahe zu Strahe, von Haus zu Haus. In der Vorkampfbildung sollen Arbeiter werden die Fenster und Türen besetzen. Alle technischen Mittel, die Petersburg in reichlicher Menge besitzt, werden dazu verwendet werden, um aus Petersburg ein ungeheures Fabrikat zu schaffen, dessen Bewältigung dem Gegner unmöglich werden soll.

### Seltige Kämpfe an allen Fronten.

Amsterdam, 24. Oktober. Die Times meldet aus Helsinki: Die Geschwader der Allierten setzen die Beschließung von Kronstadt fort. Der Kampf um Radnaja Gorka dauert an.

Von der Front: des Generals Judentich verlaunt: Der Kampf dauert mit großer Anspannung fort. Der Gegner führt frisch angelommene Truppen ins Gefecht.

Russische Blätter melden, daß es den Bolschewisten gelungen ist, bei Petrozowodsk vorzudringen, wodurch die britischen Truppen gezwungen wurden, sich zurückzuziehen.

Von der Front Denikins wird gemeldet: Die Stadt Orel mußte von den Weißgardisten aufgegeben werden. Auf der ganzen Front östlich von Boronisch heftige Kämpfe.

### Deutsche Tanks und Geschütze für die Gegenrevolution.

Bürgerliche Blätter melden: „An der Judentisch-Front ist seit mehreren schweren Artillerie in Tätigkeit sowie zahlreiche neu eingetroffene Tanks, die „niederschmetternd“ auf die Bolschewisten

wirken.“ Wohlweislich wird die Tatsache verschwiegen, daß es sich um deutsche Kriegsmaterial handelt.

### Das „Regiment Jesus“ — die letzte Rettung.

Bürgerliche Londoner Blätter melden aus Helsingfors: „Auf der östlichen Front ist bei der Weißen Garde ein Regiment eingereitet worden, das unter dem Namen „Regiment Jesus“ bekannt ist. Dieses Regiment besteht ausschließlich aus Geistlichen, Deaconen und Pfarrern, die in weiße Kleider gekleidet sind und ihre Loga und andre kirchliche Gewänder tragen. Sie marschieren mit hochgehobenen Kreuzen, während sie ihre Gebete sprechen.“

Die „ungebildeten“ Rotgardisten sollen, wie von panischer Furcht ergriffen, die Flucht ergreifen.

Arbeitermordende Pfaffen mit dem erhobenen Kreuz, welches ausgezeichnetes Symbol für die kapitalistische Kirche aller Länder!

### Willkürregiment.

Bedrohung unfres Reichsheer Parteiführers.

Unser Reichsheer Parteiführer, die Bergische Volksstimme, erhebt folgende Drohung von militärischer Seite zugestellt:

In Ihrer Morgenausgabe Nr. 243 vom 17. 10. 1919 bringen Sie einen Artikel unter der Überschrift: „Deutschlands Krise“, der in unwahrer Weise gegen die Regierung heftig, in hohem Maße zum Mißverständnis geeignet und geeignet ist, überdies die Ruhe und Ordnung zu stören.

Ich erwarte Sie hiermit auf das Schärfste, bezügliche anregende Artikel zu bringen.

Schöman, Oberstleutnant u. Abschn.-Rmbd.

Die Arbeiterstimme schreibt hierzu mit Recht:

Wir protestieren aufs Schärfste in aller Öffentlichkeit gegen diesen Versuch, die Freiheit der Meinungsäußerung zu unterdrücken. Abgesehen davon, daß selbst nach den Gesetzen des Belagerungszustandes während der wilhelminischen Diktatur der angelegene Artikel keinerlei Anhaltspunkte für eine solche Drohung enthält, muß gegen diesen neuen Versuch aufs Bestimmteste Einspruch erhoben werden. Wir fordern, daß die Regierung die Beachtung der von ihr selbst gemachten Gesetze erzwingt. Was sagt der Reichskommissar, was sagt die Regierung zu diesem Akt der ihr doch angeblich unterstellten Willkürbehörde?

Die Annahmen des Kosmokratismus ähneln immer mehr dem Kugenterror, wie er früher im zaristischen Rußland an der Tagesordnung war. Mit Gewalt wird jede Freiheit des Gedankens unterdrückt, und auf bezahlte Regierungsabzogen stellen sich bei opportunisten Gastrerien auf Kosten des Volkes hin und pressen die deutsche Freiheit.

### Aus dem Hinterhalt.

Statt daß Herr Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß erscheint, damit er mit den Staatsmännern der Kriegszeit konfrontiert werden kann, hält er sich im Hintergrund und benutzt von dort aus die Presse, um seine Meinung zu den Aussagen der verhörrten Staatsmänner zu sagen. So bringt der Sozialzeiter eine Notiz von „unerrichteter Seite“, wonach es unwahrscheinlich sei, daß Ludendorff die ihm von Bernstorff in den Mund gelegten Worte gebraucht habe. Wer anders als Ludendorff kann die „unerrichtete Seite“ sein, und wer anders als der Diktator Ludendorff hat ein Interesse an der Abiegung der Bernstorffschen Aussage? Er streift auch ab, daß ihm Bernstorff irgendwelche Mitteilungen über seine Differenzen mit der Regierung oder über den Mißklang bei Wilhelm, gemacht habe, so daß die Unterredung Bernstorffs mit ihm keine Bedeutung hatte, weil sie weit (!) zurückliegende Sachen betraf. Der ehemalige Diktator zeigt sich hier wieder genau wie er ist. Solange er das Volk geknebelt hatte, trumpfte er auf, weil ihm nichts gelingen konnte, jetzt, wo er Rede stehen soll, kneift er, leugnet er ab.

### Die Bekämpfung des Schieberlums.

Wien, 24. Oktober. In einer amtlichen Mitteilung des heftigen Landesernährungsamts in Darmstadt hat die Reichsregierung für Lebens- und Futtermittel nunmehr eine Einfuhrkontrolle für ausländische Lebens- und Futtermittel an der Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet eingerichtet. Diese Maßnahme ist lediglich im Interesse der deutschen Wälua getroffen worden. Vorläufig sind beschlagnahmefrei: Mehl, Müllensrüchle, Kaffee, Kakao und Schokolade; beschlagnahmt werden vorerst: alle Getreide und Getreide, kondensierte Milch, Fleisch, auch Konservenfleisch, Fische, und Kartoffeln und daraus hergestellte Lebensmittel, Getreide, Wehl, Gewürze und Zucker.

### Oesterreich verweigert die Auslieferung der ungarischen Volkskommissare.

Berlin, 25. Oktober. (T. U.) Wie eine Meldung aus Budapest besagt, ist die Antwort der österreischen Regierung in der Auslieferung Angelegenheit der ungarischen Volkskommissare eingetroffen. Die Antwort betont, daß die österreische Regierung das Ersuchen der ungarischen Regierung einstlich erwidern hätte. Das Ersuchen der ungarischen Regierung müsse jedoch abgelehnt werden.

### Ein Wendepunkt im deutschen Gewerkschaftsleben.

H. L. Der Verbandstag der Metallarbeiter, der vom 13. bis zum 22. Oktober in Stuttgart tagte, ist ein Wendepunkt im deutschen Gewerkschaftsleben. Die größte Gewerkschaft, die die ausschlaggebende Eisenindustrie beherrscht, hat mit fast Zweidrittelmehrheit der Centralkommissionssplitter der Gewerkschaftsinstanzen ihr Mißtrauen ausgesprochen und darüber hinaus Beschlüsse gefaßt, die neue Wege für die deutsche Gewerkschaftsbewegung anbahnen. Von dem Tage der Abstimmung über die Resolution Dittmanns beginnt eine neue Zeit für die deutschen Gewerkschaften. Nach einem glanzvollen Referat Robert Dittmanns verurteilte die Generalversammlung „die verwerfliche Kriegspolitik der leitenden Gewerkschaftsinstanzen“. Sie sprach sich für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft auf sozialistischer Grundlage aus und erklärte: „Davon ausgehend sind Forderung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der hegelischen Weltrevolution des Proletariats.“ Im Zusammenhang mit der Dittmannschen Resolution steht die Erklärung der oppositionellen Verbandstagsmehrheit, die von Richard Müller unterschrieben ist. In dieser Erklärung sagt sich die Verbandstagsmehrheit von der Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit los. Der Verbandstag erkennt, daß der Kampf der Arbeiter sich nicht begnügen kann mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Produktionsweise, sondern daß er geführt werden muß um die Produktionsmittel, zur Beseitigung des Kapitalismus. „Dieser Kampf“, so fährt die Erklärung fort, „ist zugleich ein wirtschaftlicher und politischer Kampf, der von der Arbeiterkraft in erster Linie durch Beweigerung ihrer Arbeitskraft geführt werden muß.“

Ueber diese offen ausgesprochene Politik der Gewerkschaftlichen Kampfes mögen alle „Rurgewerkschafter“ die verstaubte Felle schütteln, zumal so der Verbandstag auch erklärte, daß er zur Durchführung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe die jetzige Form der gewerkschaftlichen Organisation nicht mehr als ausreichend erachtet und daher den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter zu gewaltigen Industrieverbänden empfiehlt, die das Fundament eines organisch entwickelten Rätesystems zur wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiterklasse werden sollen. Die Resolution Müllers zieht die Schlussfolgerung aus der prinzipiellen Stellung der Resolution Dittmanns: Keine Arbeitsgemeinschaft, Umbau der gewerkschaftlichen Organisation.

Dabei vermeidet der Verbandstag in der Müllerschen Erklärung jede Uebertreibung. Er spricht ausdrücklich von einem sich „organisch entwickelnden Rätesystem“, wie er auch für den Aufbau der neuen gewerkschaftlichen Organisationsform keine Doktor-Eisenbart-Kuren an den jetzigen Gewerkschaften fordert. Das festzustellen ist besonders wichtig, weil es auch auf dem Verbandstage in der Opposition nicht an Bestrebungen gefehlt hat, der Gewerkschaftsbewegung solche Doktor-Eisenbart-Kuren zu verschreiben. Diese Bestrebungen sind in den öffentlichen Verhandlungen des Verbandstages nicht herporgetreten; da sie aber für die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht unbedeutend sind, dürfen sie bei einem Ueberblick über die Metallarbeitertagung nicht unerwähnt bleiben. Was sich auch die Opposition grundsätzlich einig über Ziele und Wege, so bestanden doch scharfe Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie, mit welchen Mitteln die neue Organisationsform gebaut werden soll. Eine an sich nicht geringe Richtung in der Opposition verfolgte die Ansicht, wenn das Duzend oder mehr Gewerkschaften, die in der Metallindustrie in Frage kommen, sich nicht zur Gründung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie umfassenden Industrieverbandes vereinigen, dann solle dieser Widerstand in kurzer Frist gebrochen werden, so daß eine bald einzuberufende außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes die Gründung des Industrieverbandes vornehmen könne. Die Vertreter dieser Ansicht vermochten nicht anzugeben, mit welchen Mitteln die andern in der Metallindustrie in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen gezwungen werden sollen, dem Industrieverbande aller Hand- und Kopfarbeiter beizutreten. Schon deshalb lehnte die Mehrheit der Opposition ab, sich in der geforderten Art festzulegen; sie lehnte diese Festlegung aber auch deshalb ab, weil sie erkannt hatte, daß es gewaltige Umwälzungen, wie sie der Umbau der deutschen Gewerkschaften bedeutet, nicht in kurzer Frist vollzogen sein können.

Bei dieser Gelegenheit hat die Opposition einen so sicheren Blick für die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten bewiesen, daß mit größter Zuversicht darauf gerechnet werden kann, daß sie die schweren Hin-



Derrière, die sich der Menschheit der Gewerkschaftsbesand entgegenstellen werden, überwinden wird. Bevor es noch zu Neuwahl kam, verließ der Vorsitzende Schilde seinen Posten, weil er die Verantwortung auch nicht zum Teil tragen wollte für die Entwicklung, die der Verband in jüngerer Zeit genommen hatte. Erwidert hat die Opposition diese Verantwortung übernommen, weil sie sich bewußt ist, daß ihre Wege zum Ziele führen, und weil sie sich ganz genug fühlt, die großen Widerstände, die sich ihr entgegenstellen werden, zu überwinden. Das Charakteristische an der Haltung der Opposition auf dem Verbandstage ist, daß sie sich bei aller prinzipiellen Klarheit und bei aller Schärfe gegen die alte Anführerschaft ferngehalten hat von aller Kraftüberhebung. Das hat sich besonders auch bei der Wahl der neuen Verbandsleitung gezeigt. Die Opposition hätte „reinen Tisch machen“ können, das heißt, sie hätte die Anhänger der alten Vorstandspolitik gänzlich bewußt schießen und die Verbandsleitung allein besetzen können. Das hat sie nach reiflicher Überlegung nicht getan, obwohl es der Stimmung weiter Mitgliederweise entsprochen hätte. Sie hat trotzdem den Vertretern der alten Richtung ein Drittel der Verbandsliste einzuräumen. Dabei ging die Opposition von der Auffassung aus, daß es nicht zweckmäßig sei, eine so starke Minderheit bei der Verbandsleitung anzuschließen, weil damit die Schwierigkeiten, die der neuen Richtung gegenüber auch im Verband erwachsen werden, nur noch vergrößert werden würden. Sollten wider Erwarten die Anhänger der alten Richtung versuchen, die Beschlüsse des Verbandstages im Vorhinein zu sabotieren, so werden die Vertreter der Opposition dem schon entgegenzutreten.

In heißen Kämpfen mit ihren Gegnern, unter dem hartnäckigen Widerstand der Anhänger des alten Vorstandes hat die Opposition auf dem Verbandstage der Metallarbeiter der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Wege vorgezeichnet, die sie beschreiten muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will. In seinem Referat zum Vorstandsbericht sagte Robert Dittmann: Wir müssen in unserem Sinne einwirken auf die Gewerkschaften Deutschlands und auf die Arbeiter aller Länder. Wenn das geschieht, dann wird die Stuttgartler Tagung die Hoffnungen erfüllen, die die revolutionäre Arbeiterkraft auf sie gestellt hat; denn dann wird das Beispiel der Metallarbeiteropposition bald Nachahmung finden. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung drängt auch die übrigen Gewerkschaften auf den Weg des Metallarbeiterverbandes; darin liegt die Garantie für die stetige Durchsetzung der oppositionellen Gewerkschaftspolitik.

## Opfer der Klassenjustiz.

Seit mehr als sieben Monaten sitzt in Halle der ehemalige Vorsitzende des Arbeiterrats, Genosse Killian, in Untersuchungshaft. Da die lange Zeit hindurch trotz energischer Bemühungen nichts geschah zur Beilegung des Prozesses, trat der Eingekerkerte in den Hungerstreik, um gegen die offensichtlich Projektverschleppung zu demonstrieren. Darauf ist endlich Auflage erhoben wegen Mord, weil er bei Verbruch der Revolution in der Druckerei der sich demokratisch nennenden Saalezeitung einige Rollen Papier teilweise entnommen hat, um ein Flugblatt zur Verhöhnung der Bevölkerung herauszugeben. Weiter wird unter Genosse der Freiheitsschreibung beschuldigt, weil er den im Dienste der Garde-Kavalleriedivision stehenden Wappstein Hartung, den die Staatsanwaltschaft wegen zahlreicher Verbrechen wohl oder übel einsperren mußte, in Schutzhaft genommen habe, um den Ausbruch der von den Moskauer, angeführten Putzsch zu verhindern. Einige andre Vorgänge, die zum Gegenstand der Anklage gemacht werden, deuten darauf hin, daß es den gegenrevolutionären Kräften vor allen Dingen darauf ankommt, ein Opfer für die „Schmach des 9. November“ zu haben. Während hier der Staatsanwalt mehr als ein halbes Jahr zum Aufbruch des Anklagegebändes gebraucht hat, hatte das halbjährige Vollzitat schon drei Tage nach Erscheinen eines Artikels, der die Projektverschleppung als Maßnahme gegen einen politischen Gegner scharf kritisierte, eine Anklage wegen Verleumdung des Untersuchungsrichters. Und weil unser Bruderorgan der ständigen Öffentlichkeit mitteilt, welche entscheidenden Verbrechen der sieben Monate in Haft schmachtende Genosse beschuldigt wird, folgte prompt eine Anklage wegen Verleumdung des samowen Reichspräsidenten von Anno dazumal! Im ganzen Schweben gegen das Vollzitat sieben Anklagen wegen angeblicher Mordbeteiligung.

In der gleichen Lage befindet sich unser Genosse Fritz Ferschland, der als Leutnant der Reserve-Militärverwaltung beim deutschen Soldatenrat war und sich als solcher den Zorn der Oberkommandierenden zugezogen hatte. Mit Hilfe eines gefälligen Haftbefehls wurde Genosse Ferschland am 21. Februar von Abgeordneten des Edenhotels auf hinterlistige Weise gepackt, mit Stricken gebunden und zunächst nach Weimar, und von dort ins Edenhotel gebracht. Bei einem Aufenthalt, den der Parlamentstug in Halle hatte, stellte sich einer der Moskauer, von dem jetzt einwandfrei festgestellt ist, daß er der Mörder des leinzeigigen in Halle ermordeten Matrosen Weisberg ist, neben Ferschland, hielt ihm die einschlechte Pistole ans Ohr, während er gleichzeitig zum Fenster hinausstieg, bereit, ihn beim Naben einer Revolution durch hallische Sicherheitsjunker sofort niederzuschießen. Nach längerer Qualerei erfolgte seine Ueberführung nach Halle, wo er nun im Militärgefängnis unter den unwürdigsten Umständen in Haft gehalten wird. Der Haftbefehl wurde erst am 15. April ausgestellt. Wiederholt gestellte Anträge auf Haftentlassung oder Anklagehebung wurden vom Kriegsgericht der 6. Infanterie-Division unter den lächerlichsten Aufschüben abgelehnt. Der mit der Untersuchungsleitung betraute Kriegsgerichtsrat ist ein sozialistischer Sozialistenhasser alter Kalibers. Hat er dieser Herr doch fertig bekommen, zu einem andern ehemaligen Mitglied des Soldatenrats zu erklären: „Schon die Tatsache, daß er Mitglied des Soldatenrats gewesen ist, genügt eigentlich, ihn ins Zuchthaus zu bringen!“ Angesichts solcher Dinge kann von einer sachlichen und gerechten Untersuchung nicht mehr die Rede sein, sondern lediglich von einer Sammlung tendenziöser entstellter Berichte zum Teil sehr zweifelhafter Elemente. Da seine wiederholten Anträge, auch die der Stadtverordnetenversammlung von Halle, deren Mitglied er ist, nicht die geringste Befriedigung erfahren haben, hat Ferschland als Protest gegen die ungerechte Art der Untersuchungs-führung und als Protest gegen die weitere Verschleppung der Sache die Nahrungsaufnahme verweigert. Er hat seit fast einer Woche Hungerstreik durchgeführt und dürfte, da seine Kräfte im Schwanden sind, ein Opfer der Moskauerjustiz werden, wenn nicht schnellst Dlle kommt.

Dem von uns kürzlich gekennzeichneten Raumburger Schreckensurteil, wonach einige Arbeiter zu insperntlich sechzehn Jahren Zuchthaus und zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, weil sie an einigen Schloßereien teilgenommen haben sollen, die dadurch entstanden waren, daß ein Matrose von einem Leutnant erschossen worden war, vertritt sich ein vom Landgericht Halle längst gefälltes Urteil an. Gelegenheit einer Eisenbahnfahrt von Wittenberg nach Leipzig waren einige Regimentsoldaten in ein von Arbeitern besetztes Abteil gestiegen. Es kam zu einer kleinen Schlägerei zwischen den Arbeitern und den Regimentsmitgliedern, über deren „schändliches Verhalten“ man sich beifugte und darüber, daß sie sich „schändlich wie die Pfingstbuben“. Da die Soldaten mit Revolvern und Seitengewehren drohten, wurden sie entwaffnet und verprügelt. Der Staatsanwalt hatte gegen jeden der sechs Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei

Monaten beantragt. Wie bei dem Raumburger Urteile ging das Gericht auch hier über den Auftrag mit hinaus und verurteilte auf Gefängnisstrafen von einem Jahre und zwei Monaten bis „Jehovah“ zu neun Monaten. Vor besetzten Strafhammer droht am 10. November die Verhandlung gegen den Genossen Killian. Das war ein Vorspiel von Bedeutung!

## Wer regiert?

### Die Eisen Division in Berlin vertreten.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Als die baltische Division durch ihre Gehorsamsverweigerung die Plotschadeführung der Einheiten gegen Deutschland heraufbeschworen hatte, erklärte sie die deutsche Reichsregierung bekanntlich als Hochverräter in Acht und Bann. Sie erklärte weiter die Grenzen gegen das Baltikum gesperrt und jeden Transport von Menschen, Munition und Material an die Meuterei eingestellt sowie jede Verkehrsabfertigung mit der Heimat unterbunden zu haben. Wie nun die Neue Berliner Zeitung in ihrer Ausgabe vom 21. Oktober mitteilen kann, ist der Regierung ein umfangreiches Material übermittelte worden, das unzuständig den Fortbestand der Beziehungen zwischen Berlin und Mitau, dem Sitz der „Eisernen Division“, die bekanntlich in den Diensten der russischen Reaktion überging, nachweist. Es ist festgestellt worden, daß Mannschaften, die die Meuterei zur Heimkehr nach Deutschland zu bewegen verweigerte, vom Reichsgericht der „Eisernen Division“ auf Grund des alten deutschen Kriegsrechts als Meuterei zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weiter, daß die „Eiserne Division“ zuverlässigen Angehörigen Urlaubsscheine zur Heimat und Rückfahrt nach der deutschen Heimat ausstellte, die von der deutschen Grenzpolizei als vollständige Ausweise angesehen wurden.

Von der Regierung als Hochverräter deklarierter Leute können also unbeschadet die Grenzen nach beiden Richtungen hin passieren. Zur Zeit sind mehr als hundert baltische Urlauber in Berlin, die sich trotz ihrer neuen ruffischen Abzeichen völlig unbeschadet bewegen können. Nach wie vor arbeitet in Berlin ungestört eine Vertretung der russischen Freiwilligen-Verbände im Karlsruher 5, die den deutschen Balmurlauber die deutschen Militärpapiere fortnimmt, damit sie, auf ihre russischen Dokumente allein angewiesen, nicht mehr so leicht fahnenflüchtig werden können. Gleichzeitig stellt diese Geschäftsstelle einer Meutereitruppe eine ihrer Hauptverwaltungszentralen dar. So stellt sie u. a. die Ausweisapapier der Divisionsangehörigen aus, die dann zur Ausföhrung und Ausföhrung an die Mannschaften nach Mitau gegeben werden. Ferner befinden sich Vertreter der „Eisernen Division“ in Berlin, die den Auftrag haben, allerlei Detonationsmaterial wie Flugzeuge, Explosivstoffe, Panzergeräte usw. einzukaufen und nach Mitau zu schaffen.

Das Tollste aber ist, daß deutsche Bezugsstellen den Anforderungen der Vertreter der Meuterei auf Anlieferung von Detonationsmaterial nachkommen, und endlich gehen die Verbungen „zuverlässiger“ Leute durch die Geschäftsstelle der Meuterei, im Karlsruher 5, ununterbrochen.

Der Mitteilung über die fortgesetzten Werbungen (s. d. Baltikum in Deutschland) folgen sich die Mitteilungen der Neuen Berliner Zeitung an. Sie bestätigen das Bild, das wir oft genug herausgefunden haben, daß jedem Unbefangenen bekannt ist und dessen Wahrheit von den Offizieren stets gekannt wurde, das Bild einer Meuterei, der die Militärs auf der Nase herumtanzen und die sich vor der Gefahr reiten zu können glauben, indem sie den Kopf verfahren. Die Gegenrevolution ist längst oberhand. Die Reaktionskräfte fühlen sich stärker als je, und die Regierung hat nie weniger Macht besessen, nie weniger Ansehen, als jetzt.

### Herr Noske kam wieder einmal zu spät.

Berlin, 25. Oktober. 21. meldet: Als gestern nachmittags 6 Uhr im Berliner Bureau der Eisernen Division erschienen, fanden sie mir noch drei „blasse Köter“ (Rufname) vor; in Berlin nur Papierfetzen herumliegen.

### Wie Noske sich herauswindeln will.

#### Einstärke Vorwürfe gegen Genossen Cohn.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der R. V.) In einer von den P. P. R. verbreiteten offiziellen Notiz wird es so dargestellt, als ob durch ein Verkömnis des Genossen Dr. Cohn die Aufhebung der Zentrale der wehrwüßlichen Kommission in Berlin, im Karlsruher Nr. 5, unmöglich geworden wäre. Genosse Cohn hätte schon am 21. Oktober von unterrichteten Leuten über die Maßnahmen der wehrwüßlichen Agenten gehört, habe es aber verabsäumt, diese Beziehungen den maßgebenden Stellen anzukündigen. So hätten diese erst durch die Presse von dem Bestehen des Bureau am Karlsruher erfahren und wären bei seiner Aufhebung zu spät gekommen.

Demgegenüber stellt Genosse Dr. Ostler Cohn in der Freiheit fest, daß er unmittelbar nach seinem Gespräch mit einem Offizier der russischen Wehrarmee am Donnerstag nachmittags Scheidemann, sodann auch den Minister Dr. David von diesem Gespräch in Kenntnis gesetzt habe. Dr. David habe ihm dabei mitgeteilt, daß auch Noske durch Scheidemann bereits unterrichtet worden sei. Mit Noske habe er am Donnerstagabend dann auch eine Unterredung gehabt, in der er die Zusage wiederholt hätte, nach Beendigung seiner noch laufenden Verhandlung mit dem russischen Offizier alle Einzelheiten mitteilen zu wollen. Er habe aber bereits dabei mit klaren Worten angegeben, daß der Offizier seine Aussagen im Karlsruher empfangen hätte. Uebrigens sei jenes Bureau sowohl in den Erörterungen der Nationalversammlung wie in der Freiheit wiederholt genannt worden. Noske hätte also Zeit genug gehabt, um es rechtzeitig anzukündigen.

Die Freiheit unterschreibt das letztere und nennt die offizielle Notiz eine Schamlosigkeit. Das Bureau im Karlsruher wäre der Regierung längst bekannt gewesen, aber es habe ihr an dem Willen gefehlt, gegen die wehrwüßlichen Maßnahmen in Berlin einzuschreiten.

### Die Folgen des baltischen Skandals.

In Steettin liegen nahezu 60 große Dschiffe mit 1000 Mann Besatzung still. 1200 Daserdeurter sind zum Feiern gezwungen. Außerdem sind noch rund 1000 Winnschiffe, Dampfschlepper lahmgelegt.

Als A. J. u. i. g. b. e. r. kommen Roschreit, daß durch die Blockade Erwerbsoffizier und Arbeiter eingetreten ist. Das elektrische Kraftwerk ist vollkommen lahmgelegt.

Das sind die Folgen der Baltikpolitik der Regierung. Die Notenden und Hungernden können an eigenen Leide erkennen, zu welcher Katastrophe das zweifelhafte Verhalten der verantwortlichen Reichsstellen in der Frage des Baltikums führt.

### Die Roshiden an der „Arbeit“.

Das letzte Heft der Zeitschrift „Arbeit“ enthält unter dem Titel: „Die Roshiden an der Arbeit“ ein von Dr. Ostler geschriebenes Heft, in dem die Roshiden, die in das russische Ostbaltikum gefahren sind, beschrieben sind. Ein Ausfall der Ketten gegen die deutschen Truppen war erfolgreich.

### Kommunistische Hoffnungen.

In der Deutschen Allg. Ztg. wird eine Stelle aus einem an die Genossen Ruchowin und Tschichowin gerichteten Schreiben, gezeichnet M. J. K. o. w. s. k. i., veröffentlicht, das einem an der Reise von Deutschland nach Sowjetland befindlichen Kurier der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands an der litauischen Grenze abgenommen worden sein soll. Der Brief belagt nach dem Munde,

daß der Ueberbringer mit den russischen Genossen die Möglichkeit einer Verbindung durch Flugzeug oder auf andere Weise besprochen hat. Weiter soll er über die Lage der Parteidirekt sowie der Unabhängigen der Kommunisten informiert und Aufschlüsse eingeholt haben. Die Stelle, die sodann Merrill zitiert wird, lautet:

Dieser letzte ich nochmals Ihre Unklarheit auf den Kontext, daß bei der Beurteilung von der Positionen mit den Unabhängigen eine klare Trennung zwischen den ständigen Mitarbeiter-Baas und Dämig-Müller zu machen ist. Weitere Erklärung kann man leichter als kommunistisch bezeichnen, und wenn sie irgendwie mit den offiziellen Führern der Kommunisten abgestimmt, so nur in der Politik und Methode der Erklärung ihrer Ziele — der Fiktion des Proletariats mit Hilfe der Dämigkeit. Nach dem Umschlagen der Scheidemann und Demotoren aus dem Berliner Volksrat hat ein offener Kampf zwischen den Kommunisten und Unabhängigen begonnen. Als Folge kann, daß im Berliner Rat die Unabhängigen alle zur Erklärung Müller-Dämig erklären und von haushalten Einfluss Kaiser-Bildung keine Rede sein kann. Viele Mitglieder der kommunistischen Partei, und ebenso die Mehrheit der Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei des Berliner Volksrats haben ihr Unzufriedenheit mit der Politik des P. K. (Kommunistischen) Partei zum Ausdruck gebracht, die mit der gesamten unabhängigen Partei Kampf führt, ohne zwischen Baas und Dämig zu unterscheiden. ... Mir persönlich scheint es, daß die Bewegung in Deutschland durch eine Verkümmung der Fiktion der Kommunisten mit den linken Unabhängigen und eine Polikung des Kampfes mit der unabhängigen Partei nur gewinnen kann. Das läßt natürlich nicht den Kampf gegen die Bildung eines Sozialen Bildungs aus. Dieser muß fortgesetzt werden. Dämig und Müller, die selbst gegen sie kämpfen, schaffen dadurch eine Plattform, auf der eine Verfühlung herbeiföhrt werden kann. Die zu ihnen kommenden Genossen wollen sich mit ihnen be-

Ob der Brief echt ist, läßt sich natürlich nicht sagen — Vorlicht ist bei der Uebersetzung. Aber auf man ihn vergleichen, da er echt sein kann und sein Inhalt bedeutungsvoll genug ist, um von uns Genossen erwogen zu werden.

## Die Ermordung der 21 katholischen Gefellen.

Aus München wird uns geschrieben: Beim Feiern des Zeugen Zeunant Berger war dessen Ausbruch bemerkenswert, daß ihm Müller, die Arbeiter blutete, mit blutigem Seitengewehr in der Hand den Bericht über die 21 mit solchen Worten überbrachte: „Von der Ermordung von 21 Spazierföhrern“.

Der Angeklagte Matowski erklärt, die früheren Gefangenen seien ihm mißhandelt worden. Da erhebt sich der Zeuge Voller und erklärt, daß jeder Spazierföhrer, der eingekerkert worden sei, aufs grausamste mißhandelt wurde.

Die Aussagen des folgenden Zeugen sind wohl die interessantesten, die sich in dem Prozeß bisher ergeben haben. Der Zeuge Staubinger gibt ein furchtbares und deutliches Bild von dem Gräßlichen, das sich am Karolinenplatz zugetragen hat. Er gibt an: „Das Bild, das sich im Keller bot, war unbeschreiblich. Bei der Uebersetzung zwei Leichen in ihrem Blut, in der Ecke des Kellers lagen ungeföhr 10 menschliche Körper, zum größten Teil Sterbende und auf ihnen (1) stand ein Soldat, der Angeklagte Müller, und wütete mit dem Seitengewehr. Als einer der Sterbenden ein paar Worte murmelte, hieß es: „Der lebt noch, der muß auch hin sein!“ Nachdem verfestet der Soldat Schritte in die Brust, andern in den Kopf. Einige Soldaten machten sich an die Durchschingung der Leichen, aber sie fanden weder ihren noch Geld, denn sie waren schon vorher ausgeschleubert worden und die Leiber der Toten waren ausgeföhrt. In der andern Ecke standen einige Soldaten, die jubelten, schrien, tobten und sich vor Freude umhertanzen. In einer weiteren Ecke lag ein Strohsack, auf dem ein Soldat, von einem getrennter Angewandten bewacht, schlief. Der Zeuge selbst entfernte sich von diesem Schreckensort.“

### Der Staatsanwalt als Verleidi-ger der mitschuldigen Offiziere.

Staatsanwalt Dr. Mugler führte in seinem Plaidoyer aus, daß vielfach die Bluttat im Prinz-Georg-Palais in Parallele gestellt werde zu dem Geiselmord im Gulpold-Gymnasium. Die Taten seien aber ganz verschiedenartiger Natur und hätten nichts miteinander gemein als die gleiche Grausamkeit bei ihrer Durchführung. Hier stehe eine Mutter zur Beschuldigung, die allerdings auch eine beispiellose Horde von Soldaten verliert habe, zu der sie jedoch von seiner Seite angezogen worden sei und für die ihre Führer nicht können. (1) (Umrufe und Jurufe im Zubörraum). Aus diesem Grund habe er, der Staatsanwalt, auch nicht die Anklage wegen Mord, sondern nur wegen Totschlags erhoben. (1) Wehrlose wurden hingerichtet und dazu dürfe ein Soldat niemals die Hand bieten. Auch der gemeinliche Verbrecher müsse in einem Kulturstaat das gleiche Recht für alle finden, sonst fänden wir vor dem Chaos. Das Vorgehen der Angeklagten charakterisierte sich als ein schwerer Erzech, der mit voller Strenge geahndet werden müsse, auch wenn zuzunehmen sei, daß die Veranstalter der Verammlung unpolitisch unvorsichtig gewesen seien. Die Anklage gegen die Führer der Soldaten seien unbedeutend. (1) (Erneute Umrufe im Zubörraum). Das Ungenügsamerichte an der Tat sei der begangene Leichtsinn. Der Staatsanwalt beantragte dann die bereits gemeldeten Strafen.

## Deutschland.

### Auch ein Dementi.

Einige sächsische Moskoren haben von Herrn Dr. Gradnauer den Befehl erhalten, unsere Meldung aus Konstantz über die Schmuggelung des sächsischen Ministerpräsidenten, die unter Mißbrauch der diplomatischen Kurierbefugnisse erolgte, richtig zu stellen. Diese Nichtigstellung befindet sich ausdrücklich, daß an Dr. Gradnauer „eine kleinere Veranwendung mit dem Kurier mitgegeben“ sei. Weir hatten wir auch nicht behauptet. Und schließlich genügt schon dieser Mißbrauch eines diplomatischen Kuriers. Die von Gradnauer abhängigen Federbeiden behaupten, eine tabellenswerte Fund unabweislich komme nicht in Frage. Nun, das baltische Schmuggelamt richte anders darüber.

### Generalkommando und Schieber.

Aus Magdeburg schreibt man: In Magdeburg verfuhrten vor einiger Zeit mehrere Personen in Uniform mit Stills gefüllter Papiere Geldscheine, Pferde, Geschirrzug und andere Anordnungsgegenstände wegzuschleppen. Es wäre ihnen auch gelungen, denn sie waren bereits beim Verladen, wenn nicht im letzten Augenblick Hamburger Kriminalbeamte die Leuten dingfest gemacht hätten, weil sie wegen anderer ganz erheblicher Schändereien gefchuldigt wurden. Als in der Presse erstmalig über die Kanonenschieber berichtet wurde, griff das Generalkommando des IV. Armeekorps ein. Die Sache sei falsch. Die Presse verhielt sich noch einen Tag reifer. Mit einem Male waren die Gauner, unter ihnen ein Leutnant Peter Hanush, ein Sergeant Theodor Schulze und ein Unteroffizier Oskar Kröll, die der Baltikwehr angehörien aus dem Magdeburger Militärgefängnis entlassen. Es war ihnen gelungen, die Posten zu bestechen, die eines Tages die Keller öffnen und sie entweichen ließen. Der stellvertretende Nachhabende und ein Posten sind mit geflüchtet. Bezeichnenderweise schwebte sich nun das Generalkommando vollends aus.

Wir haben nun keine Zweifel mehr, daß hier mindestens der Versuch reaktionärer Militärs vorlag, für die Weichen Warden zu beschlecken, und Materialien wegzuschleppen und daß das schief gegangen ist, weil die Herren zufällig wegen ganz erheblicher Lebensmittelschiebungen der Kriminalpolizei in die Hände fiele



Die Revolutionsfeier wird verboten! Ihre Parteigenossen in B u r (Münster) hatten für den 9. November, um dem Sturz des wilhelminischen Regimes zu feiern, eine Versammlung unter jedem Himmel geplant. Jetzt ist ihnen die Mittelkraft geworden, dieser Versammlung sei die Genehmigung verweigert. Dem Verbot wurde die vielstimmige Begründung gegeben, daß für den 9. November „höherer Ort“ besondere Bestimmungen erlassen würden. „Höherer Ort“ wäre nun wohl höchstens noch verbotlich, der Revolutionsfeier überhaupt in gebührender Weise.

Herr Geert läßt sich malen. In der Volkspresse lesen wir: Reichspräsident Ebert hat dem Maler Christl Andros mehrere Sitzungen zu einem Bildnis gewährt. Das Porträt, lebensgroßes Antefix, stellt den Präsidenten am Schreibtisch dar. Na, hoffentlich wird es besser als Müllens Vorstufes Kabinettbildnis sein!

Die bayerischen Bischöfe für einen Autarkkampf. Aus München wird berichtet: In dem diesjährigen Direktionsbericht der bayerischen Bischofskonferenz heißt es u. a.: „Sollte die Schulgesetzgebung noch weitere Geleise in der Richtung auf die religionslose staatliche Zwangsschule anlegen und der Antarkampf weitergehen, dann wird die Stunde kommen, wo wir Bischöfe den katholischen Eltern von Bayern sagen: Kein Gelehrter des Staates kann ohne Gewissen verzichten, wenn es mit den Geboten Gottes in Widerspruch steht und die gottvererbten Rechte der Kirche mißachtet. Keine Verfassung, kein Gesetz, keine Verordnung kann die Eltern im Gewissen verpflichten, die Kinder zum Besuch der Staatschule anzuhelfen, wenn diese Schule ein Gottesläster an diesen Kindern begeht und niederreißt, was Väter und Mütter bis zum schulpflichtigen Alter in den Kindern aufbauen haben. Elternrecht bricht Schulrecht, Gewissensrecht bricht Staatsrecht.“ Die diözesanen Zugewandten der Religionssozialisten hinsichtlich der Schule nennen der Kleriker noch nicht Wohl oder Übel werden die religionssozialistischen Verbündeten der katholischen Pfaffenstands sich zu weiteren Entgegenkommen verhalten müssen.

Der Friedensgedanke im Auslande und bei uns. Der Bund Neues Vaterland schreibt uns: „In England mit seinen 45 Millionen Einwohnern hat die Union of Democratic Control 700 000 Mitglieder, in Schweden mit 8 Millionen die Schwedische Friedensgesellschaft 20 000 Mitglieder, in Deutschland mit seinen jetzt 65 Millionen Einwohnern die Deutsche Friedensgesellschaft 6000 Mitglieder!“

Kohlennot in München. In München ist jeglicher Gasverbrauch infolge Kohlennot eingestellt. Viele Betriebe sind stillgelegt.

Die Streikbewegung am linken Niederrhein. Die sich hauptsächlich gegen die Willkürakte der belagerten Regierung richtet, ist durch Eintreten der Arbeiterschaft Düsseldorfs-Oberklasse in den Streik verstärkt worden. Der Verkehr ruht völlig zwischen der Rhein-Donau- und West- — Nach Paris wird gemeldet, daß die Entente zur Unterdrückung der Streikbewegung noch mehr Besatzungstruppen aufziehen will. — Die Arbeiterschaft wird sich dadurch nicht einschüchtern lassen.

## Kleine Auslandsnachrichten. Der Friedenszustand „effektiv“.

Verlaßt, 21. Oktober. Das Journal „Officiel“ veröffentlicht ein Gesetz, wonach vom 24. Oktober an die Feindseligkeiten ein Ende erreicht haben und der Friedenszustand effektiv geworden ist. (Wann meckert nur nicht davon.)

Die bismarckischen Sozialisten für den Burgfrieden? Der Berliner Abendhämmer zu einer Erklärung der sozialdemokratischen Partei über ihre Bereitwilligkeit zu einem Burgfrieden: Der Verzicht auf die Anwendung der wirtschaftlichen Kampfmittel bedeutet zum mindesten eine Pause im Massenkampf, der für das Volksganze die Wiederherstellung normaler Verhältnisse erleichtert. Die innere Beschaffenheit des Volkswillens wäre? Damit auf absehbarer Zeit, beschworen?

Streik der katholischen Arbeiter. Der Generalkomitee der katholischen Arbeiterbetriebe ist nach einer Meinung des Reichspräsidenten für diese erfolgreich verboden. Die Maßnahmen werden das Recht auf Organisation werden anerkannt. Eine Maßregelung findet nicht statt. Die sofortige Freilassung von 200 Gefangenen sowie der Abzug des Militärs ist zu fordern. Die Regierung der französischen Regierung, streikende Arbeiter deutscher Nationalität auszuweisen, ist infolge Androhung einer Fortsetzung des Streiks zurückgegangen.

Renouvel für die Arbeitervilliger. Nach einer Pariser Meldung ist innerhalb der sozialistischen Partei des belagerten Landes ein Konflikt ausgebrochen, der vielfach zur Spaltung führen kann. Die Abgeordneten Desanthe, Navarre, Hostier und Deher sind, die sie für die letzten Reichspräsidenten festhalten wollen, die Kandidatenliste gestrichelt worden. Daraus berechneten sich eine Anzahl ungeordneter, darunter Renaudel, um von dem Verwaltungsrat der sozialistischen Partei die Auflösung dieser vier Kandidaten zu verlangen. Die bismarckischen Arbeiter lehnen eine Spaltung voraus, falls diesem Verlangen nicht Folge gegeben wird.

Die Prozessrombille gegen Caillaux. Der französische Senat ist am Donnerstagmorgen als Staatsgerichtshof in der Angelegenheit gegen Caillaux zusammengetreten. Generalstaatsanwalt Bedouce beantragte, daß der Staatsgerichtshof in unregelmäßigen drei Wochen die Verhandlungen beginnen solle. Diese Forderung wurde, um die im Auslande lebenden, Jansen vorladen zu können, Caillaux verurteilt zu werden, in einer kurzen Anrede, daß er als Angeklagter werde, und protestierte gegen den Tagesprozeß, der nachher in ihm führte. Der Senat soll sich abends an einer geheimen Sitzung zurückziehen, um über den Antrag des Generalstaatsanwalts zu beraten. Der Beschluß wird schriftlich mitgeteilt.

Der französische Gouverneur von Maastricht. General Fontaine wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden wegen Kapitulation vor dem Feinde und Uebergabe der Stadt. Ferner haben sich 8 Offiziere, die ebenfalls bei der Verteilung von Maastricht mitwirkten, wegen Beigabe vor dem Feinde zu verantworten.

Spanien will Republik werden? Wie die New York Times aus Madrid berichten, soll der Führer der spanischen republikanischen Partei, Ferrer, die Erklärung abgegeben haben, was er in Spanien nur die Republikation des Friedensvertrages an, um unmittelbar danach die Monarchie zu stürzen und die Republik auszurufen.

Die Amerikaner organisieren die Ernährung Wiens. Nach Mitteilungen des Wiener Vorkriegsvereins werden die Amerikaner, insbesondere mit Rücksicht auf die unehrliche Korruption in der Wiener Gemeindeführung, auch die Speisung der Erwachsenen übernehmen. Am kommenden Winter sollen bis zu einer Million Menschen in Wien öffentlich gespeist werden, um jedem Wiener wenigstens einmal täglich eine ansehnliche warme Mahlzeit zu sichern. Die Amerikaner wollen zu diesem Zwecke die Erntevorräte beschlagnahmen.

Die „technische Volkshilfe“ in Amerika. Angesichts des dicht hervortretenden Bergarbeiterstreiks in Nordamerika organisiert die Regierung Wilsons eine Streikbrechertruppe.

Ein kleines Symptom. Als Sydney nelson englische Blätter daß die „aufrührerische Bevölkerung von Port Darwin dort eine Sowjetverwaltung errichtet“ hat. Die australische Regierung entsandte Kräfte zur Unterdrückung dieser Revolutionsarmee.

## Nationalversammlung.

107. Sitzung. Freitag, den 24. Oktober 1919.  
Präsident Freyhauf eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr. Das Haus ist schwach besetzt.  
Abg. Dr. Hermann-Josen (Dem.) weist auf die Abwanderung der Deutschen aus den besetzten Teilen der Provinz Polen hin. Sie werden bereits auf 100 000 bis 120 000 Köpfe geschätzt. Der Hauptgrund für diese Massenabwanderung ist der von den Polen geübte Terror.

Dr. Freyhauf erklärt, daß es sich um 60 000 Personen handelt; aber auch diese Zahl ist ein sehr empfindlicher Verlust für das Deutsche Volk in diesen Gebieten. Es wird alles getan werden, um das Deutsche Volk dort zu erhalten und zu stärken. Verhandlungen sind im Gange, um die Deutschen vor Schikanen zu schützen.  
Abg. Dr. Hermann-Josen (Dem.): Die Regierung schätzte die Auswanderung zu gering ein. Im Herbst ist bereits über 25. Auswanderer eingewandert.

Dr. Freyhauf: Unter den Auswanderern befinden sich auch Leute aus Kongregaten und Leute, die nicht deutschstämmig sind, jüdische und polnische Personen.

Abg. Dr. Biene (Dial.) verlangt, daß auch die sächsischen Eisenbahnbeamte in das Reichsjustizministerium aufgenommen werden.

Unterschatzminister Schlegel teilt mit, daß das geschehen soll. Abg. von Gröbe (Dial.) erhebt Einspruch, weil eine Preisfestsetzung der mecklenburgischen Landwirte verboten worden ist. Geheimrat Eberhard erklärt, daß eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestand, weil die Arbeiterschaft drohte, in den Generalstreik zu treten, wenn die Verammlung abgehalten würde. (Münche rechts.)

Abg. von Gröbe (Dial.) erwidert, daß das Versammlungsrecht in der neuen Republik illusorisch sei, wenn solche Drohungen genügen, um die Regierung zu veranlassen, Volksbestimmungen zu verbieten. Die Erklärung über das Auswärtige Amt wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Keinge (D. V.): Ein Anschlag auf das bismarckische Ausland ist ganz unmöglich. Zur Verbesserung unserer Situation sollte das Deutsche Volk sich vom Kauf von Luxuswaren fernhalten, wie sie vom Westen her eingeführt werden. Unsere auswärtigen Vertreter müssen durchaus national gesinnte Männer sein.

Abg. Kaufmann (Dem.): Der Abg. Schulz und der Abg. Geier haben es sich gehern angelegen sein lassen, einen Unfähigkeitsschein gegenüber der Regierung anzutragen, der jetzt die schwierige Stellung in Händen fällt. Wie sollten wir vor der Motivation des Friedensvertrages das Bild eines geklammerten deutschen Volkes, nicht das eines vom Vorkriegsstand herkommenden Volkes, sehen. Der Weltkrieg hat nicht, wie der Abg. Schulz behauptet, zu spät begonnen, sondern die Entlohnung von Truppen ist 15 Jahre zu spät erfolgt. Der Abg. Geier hat geäußert, daß er mit seiner Partei schlußlos über sich blind stellt für den ungeheuren Aufschwung, den die Arbeiterschaft genommen hat. Er behauptet sich über die Gewalt im Proletariat gleichzeitig die Politik der Gewalt. Das ist die fortwährende heuchlerische Argumentation dieser Gruppe; die bedrohlich besonders unheimlich anmutet, weil sie immer sich verdrängt um einer wechselliebigen Humanität, während sie (zu den Unabkömmlichen) die Anwendung von Gewalt zum System erhoben haben. Sie sind allein schuld an der Verwundbarkeit der Reichswehr und des Belagerungsstandes. Ihr Verwundbarwerden und dessen heuchlerische Aufschwüme machen außerordentliche Maßregeln nötig. (Zehr rechts.) Diese Partei ist ein schlimmes Schandmal. Deutschland darf sich nicht an der unfruchtbaren Hungerblutade gegen Rußland beteiligen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dial.): Früher haben die Freunde des Herrn Kaufmann gegen Alvinard gekämpft und ihm das Leben schwer gemacht, jetzt können sie es nicht erwarten seine Erinnerungen zu erlösen. Herr Kaufmann legte meine Politik, sei unpassend. Er hat nicht die Sachlage eines Bewusstseins.

Abg. Geier (Munich. Soc.): Die Behauptung des Außenministers, daß mein Freund

Onkel im November 1918 sich gegen Sowjetrußland ausgesprochen hat, ist unrichtig.

Am Morgen nachts ein sozialdemokratischer Minister wissen, daß was im November 1918 richtig gewesen sein würde, nach dem Anstand nicht mehr richtig zu sein braucht. Wie können seine Vorkriegspolitiker werden, die mit politisch-wirtschaftlichen Mitteln arbeiten müssen ein politisches Programm für eine Sozialpolitik schaffen. Die Politik ist ein politisches Programm und keine politische Entscheidung. Rußland aufzunehmen, hätte sich schon im Osten angenommen. Die Sozialdemokratie hätte die Revolution in Deutschland nicht mehr aufrecht erhalten, denn die deutsche Revolution hat sich in die Landesparlamentarismus und wenn auch nicht Revolutionen, so sind doch amtliche Stellen in dieser Hinsicht. Sozialdemokratische Arbeiter haben sich nicht abgefunden, haben sie noch immer eine Regierungskritik betrieben, die eine Einkommensreform, die den Arbeiter und Arbeiter nicht vornehmlich im Auge hat, haben in einer Reichsregierung. Neupolitik ist der Ausfluß eines inneren Zustandes.

Wir haben noch 200 000 russische Kriegsgefangene in Deutschland von denen die Entente schon längst die Hand zurückgezogen hat. Die deutsche Regierung wird daher einen Weg zu finden haben, um den diese arme Leute vor Hunger zu retten können. Wenn man formale Bestätigung gegen Sowjetrußland hat, und das russische Volk davon annehmen möchte, und man in dieser Hinsicht ein freies Volk sein will, so ist es notwendig, was die Arbeiter nicht mehr aufrechterhalten, denn die deutsche Revolution hat sich in die Landesparlamentarismus und wenn auch nicht Revolutionen, so sind doch amtliche Stellen in dieser Hinsicht. Sozialdemokratische Arbeiter haben sich nicht abgefunden, haben sie noch immer eine Regierungskritik betrieben, die eine Einkommensreform, die den Arbeiter und Arbeiter nicht vornehmlich im Auge hat, haben in einer Reichsregierung. Neupolitik ist der Ausfluß eines inneren Zustandes.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Abg. Geier (Munich. Soc.): Nachdem ich der Präsidenten haben vor dem Abg. Kaufmann steht.

Präsident Freyhauf: Ich verbitte mir, daß diese Unterredungen stattfinden.

Abg. Geier: Ich will bitten, daß diese Unterredungen stattfinden. Unter solchen Umständen ist unter Berücksichtigung der heutigen Lage, welche die russische Regierung in Bezug auf die Arbeiterschaft, die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

Die Arbeiter nicht von ihren Regierern fernhalten anmerksam gemacht, daß die breiten Ausführungen der Arbeiterschaft widerstreben.

so genannte westrussische Regierung haben wir in keiner Weise anerkannt.

„Ami“ schießt die Ausdrücke; es folgen persönliche Bemerkungen.  
Der Staatsplan für das Auslandliche Amt wird genehmigt. Das Haus nimmt noch den Bericht des Abg. Benemann (D. V.) über den Haushalt des Reichsversicherungsministeriums, des Reichs-eisenbahnen und des Reichseisenbahnamts entgegen und vertagt sich dann auf Sonnabend, 1 Uhr. (Weiterberatung.)  
Schluß 8 Uhr.

## Bon Nah und Fern.

### Eisenbahnzusammenstoß und Brandunglück. Dierzig Tote.

Deutchen, 24. Oktober. Amlich wird gemeldet: Am 21. d. M., um 5 Uhr 7 Minuten vormittags, fuhr in Kilometer 6,85 der Strecke Rathor—Zroppan in Richtung S t r von Kuchelma ein fahrende Personenzug Nr. 403 dem im Bahnhof Kranowitz haltenden Güterzug 808 in die Klauke. Der Personenzug des Personenzugs und zwei Wagen 4. Klasse desselben Zugs wurden ineinandergefahren und gerieten in Brand, außerdem noch ein Wagen 2. und 3. Klasse. Mehrere Hunderte von Passagieren wurden geborgen. Über 40 Schwerverletzte und 20 Leichtverletzte wurden in die Krankenhäuser von Paribor und Kranowitz gebracht. Der große Umfang des Brandes ist hauptsächlich auf den durch die Reisenden mitgeführten reichhaltigen Spiritus zurückzuführen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Die Eisenbahnkatastrophe in Obereschleben konnte nur deshalb eine so große Zahl von Toten fordern, weil im Deutchen Grenzgebiet der Spiritus schmuggel im großen Betrieben wird. Von dem beheimateten Wagen griff das Feuer auf andre Wagen über, in denen sich noch Hunderten stehende Schmutzger mit ihren Spiritusvorräten befanden; die meisten konnten sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen und starben elendiglich, zugrunde.

Berliner Blätter melden noch folgende Einzelheiten: Nach hundert Jahren zählen die Männer, Frauen und Kinder, die den einträglichen Spiritusschmuggel aus Pöhlern betreiben, so daß sich ein berufsmäßiger Handel herausgebildet hat. Die Spiritusbehälter werden meist auf der Brust oder auf dem Rücken getragen, sind dem Körper angepasst, sind aus Blech und werden so über die Grenze geschmuggelt. Sie selbst tragen keine Prose, die nach außen die Form eines großen Brotes haben, aber aus Lehm gebacken sind und innen einen großen Blechbehälter enthalten, der durch eine kleine Röhre gefüllt wird, denen zum Packen des Spiritus. Aber auch sonst wird der kostbare Stoff, in verschiedenen Behältern in den Taschen usw. verborgen, über die Grenze gebracht. Durch die in Brand geratenen Wagen wurden dann die Personen überfahren, konnten sich nicht schnell genug ihrer Spiritusbehälter entledigen, und die noch Hunderten stehenden Schmutzger fanden bald in heißen Flammen und verbrannten elendiglich bei lebendigem Leibe. Alle Angehörigen der Verwundeten selbst Gesicht und Hände, sind darauf verurteilt, daß es schwer sein wird, sie wieder zu erkennen. Man nimmt an, daß es sich um Leute aus Rönigsbrette, Antonienzatte und Rathor handelt.

Asiatische Cholera in Polen eingeschleppt.  
Kraun, 24. Oktober. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, sind in Lodz, Szwel und Garwolin Fälle von asiatischer Cholera festgestellt worden. Amlich wird dazu mitgeteilt, daß die Cholera aus Volhynien eingeschleppt wurde.

## Regie Nachrichten.

### Die Leipziger Volkszeitung vor Gericht.

Wegen Vergehen gegen § 110 und 120 des Strafgesetzbuchs wurde am Sonnabend vor der 6. Strafkammer gegen die Genossen, Redakteur P i c h t e und Parteisekretär S e i n i n g u m verhandelt. P. wird beschuldigt, als verantwortlicher Redakteur zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt aufgefordert zu haben in folgenden Artikeln der V. R. J.:  
14. 4. 10 Nr. 85: Arbeiter und Parteigenossen Sachsen.  
18. 4. 10 Nr. 87: Dresden Infanterie.  
17. 4. 10 Nr. 89: Die Stellung der Leipziger Arbeiterschaft zum Belagerungsstand.  
10. 4. 10 Nr. 89: An die sächsische Arbeiterschaft.  
25. 4. 10: Ein ernstes Wort an die sächsische Regierung.

Dazu war noch S e i n i n g u als Untersetzer der Bekanntmachung des Arbeiterrates vom 18. 4. 10 mit dem verantwortlichen Redakteur P i c h t e des Verstoßes gegen § 110 des Strafgesetzbuchs angeklagt.

Die Vertretung des Gen. P i c h t e liegt in den Händen der Rechtsadvokate Dr. Hofmann, Berlin und Dr. Köhler. Den Angeklagten Schilling verteidigt Justizrat M e i s s e. Verhandlungsleiter ist Landgerichtsdirektor Dr. M e y e r. Vertreter der Staatsanwaltschaft Staatsanwalt Dr. G ö l d m a n n.

Unre Genossen verurteilen prinzipiell den Standpunkt, daß sowohl durch die Revolution, als also G e h e r über den Belagerungsstand von 1861 und der § 68 der Reichsverfassung aufgehoben wurde, daß andererseits die sächsische Regierung gar keine Verpflichtung zur Hand habe, um von sich aus den Belagerungsstand zu erklären. Die sächsische Regierung hätte, dazu erst ein Gesetz schaffen müssen. Die sächsische Regierung habe durch ihren Minister für Militärdienste, A r z t h o f, auch zugegeben, daß der § 68 des Strafgesetzbuchs gar nicht mehr in Frage kam, welche Ansicht auch von den Offizieren, wie Gruppenchef A l t w i s t, selbst vom Generalmajor (Zugablat) vom 12. Mai) geteilt wurde. Genosse S e i n i n g sagte das weiteste dar, daß angesichts der geordneten Zustände in Leipzig durch die Verhängung des Belagerungsstandes eine unheimliche Entwertung eintreten würde.

Es sei Aufgabe des Arbeiterrates gewesen, die vertehrte Maßnahme der Regierung möglichst auszugleichen. Der Arbeiterrat sei verpflichtet gewesen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen; daher die Bekanntmachung des Arbeiterrates vom 18. 4. 10. Speziell zu diesem Artikel führte Genosse P i c h t e aus, daß die V. R. J. (Nr. 89) sowie das Leipziger Tageblatt (Nr. 118) die Bekanntmachung des Arbeiterrates ebenfalls gedruckt hätten, weshalb es unverständlich sei, daß G e h e r Blätter nicht auch, wie die Leipziger Volkszeitung, als Angeklagte funktierten. Schließlich erklärte noch Genosse P i c h t e, daß der Artikel vom 25. 4. 10, der als ein Ultimatum an die sächsische Regierung aufgefaßt werden konnte, ohne seine Kenntnis veröffentlicht worden sei. Hierzu wird als Zeuge Redakteur M e y e r o n n i vernommen. Der Redaktionschef behauptet die Verhandlungen fort.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul P i c h t e r in Leipzig.  
Verantwortlich für den Ankerartikel: Friedrich P u l l e r, Postarzt-Leipzig.  
Druck und Verlag: Polnischer Buchverlag, Polnische Gesellschaft Leipzig.  
Diese Nummer enthält 20 Seiten.





## Originell

In der  
Zusammenstellung  
ist unser  
diesjähriger  
**Katalog**

aus,  
acht Karrikatur-  
Skizzen-Blättern  
bestehend.

Auf Verlangen erfolgt  
dessen Franko-Zusendung.

**Bamberger & Herz**  
Leipzig — Augustusplatz.

# Winter-Ulster

Um die außerordentlich starke Nachfrage, die nach Herbst- und Winter-Bekleidung herrscht, schnell befriedigen zu können, haben wir uns entschlossen, einen soeben hereingekommenen größeren Posten Ulster-Stoffe, wollige, flauschige Ware in verschiedenen braunen Farben, schon jetzt nach Meier und zur Anfertigung auf Körpermaß zum Verkauf zu stellen.

### Zum Herren-Ulster

zweireihige Form, Innen mit breiten Stoffbesätzen, werden  
gebraucht 3 Meier Stoff ..... M. 60.— = M. 180.—  
Die Anfertigung eines Herren-Ulsters, zweireihige Form,  
nach Körpermaß konfektioniert, kostet ..... M. 100.—  
Der fertige Herren-Ulster kostet ..... M. 280.—

### Zum Jünglings-Ulster

werden gebraucht 2,50 Meier Stoff ..... M. 60.— = M. 150.—  
Die Anfertigung eines Jünglings-Ulsters, nach Körpermaß  
konfektioniert, kostet ..... M. 90.—  
Der fertige Jünglings-Ulster kostet ..... M. 240.—

Ein ähnlich günstiges Angebot kann  
in dieser Saison bestimmt nicht mehr  
gemacht werden.

**H. HOLLENKAMP & Co**  
Brühl Nr. 28-32 **LEIPZIG** Ecke Reichsstr.

Erstes Herren-Bekleidungshaus

## Unsere werten Genossen bitten wir höflichst, ihren Bedarf an Büchern - Zeitschriften und Schul-Artikeln

in unseren Filialen zu decken.

Nicht vorhandenes wird schnellstens besorgt.

### Filialen:

- Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Strasse 52.
- Leipzig-Ost, L. Volkmarndorf, Elisabethstrasse 10.
- L. Lindenau, Odermannstrasse 1.
- L. Plagwitz, Weissenhofer Strasse 50.
- L. Kleinschocher, Dieckstrasse 5.
- L. Schönefeld, Ecke Leipziger und Schmidt-Rühl-Strasse.
- L. Thonberg, Reitzenhainer Strasse 52.
- L. Stötteritz, Ferdinand-Jost-Strasse 27.
- L. Connewitz, Bernaise Strasse 13.
- L. Gohlis, Lindenthaler Strasse 12.
- L. Eutritzsch, Magdalenenstrasse 20.
- Leutzsch, Hauptstrasse 55.
- Böhlitz-Ehrenberg, Wettinerstrasse 28.

**Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft**

Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Hauptgeschäftsstelle: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Geschäftszeit in allen Geschäftsstellen von 8 bis 6 Uhr.

## Brühl 15

Max Well



## Licht- u. Naturheilverfahren

F. H. Geibler

Blutreinigungskuren, Sorgfält. Behand-  
lung, Vorangehende gründliche Unter-  
suchung der inneren Leiden mit Nach-  
prüfung aus den Krankheitszeichen in  
den Augen. Sprechzeit 9-12, 3-5, Pflandorfer Str. 14

## Astrologie

auf wissenschaftl. Grundlage mit math. Berechnung zur  
Selbstkontrolle. Jeder der die Geschehnisse für das ganze  
Leben oder eines best. Jahres, oder irgend eine  
Frage exact beantwortet haben will, der fordere kostenlos  
umgekehrt mittels Brief ein, auch über die einleit. Bücher.  
Kurt Brück, Knauthain b. Leipzig

## Darlehen

gegen Bürgschaft und ratenweise Rückzahlung  
an die  
Handel- und Gewerbetreibende  
gewährt zu billigem Zinsfuß  
**Leipziger Bankverein**  
eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht  
Burgstrasse 26.

H. Helbig, Großschuhmacherel, Dufourstr. 18

Mein Grundsatz

**Geder bleibt Geder**

von bestem Kernschalenleder  
geben die Gewähr, dass  
**Schuhreparaturen**

aller Art dauerhaft, sauber und  
preiswert ausgeführt werden.  
Auf Wunsch binnen 24 Stunden!

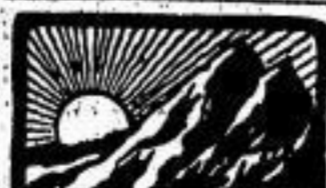
H. Helbig, Dufourstr. 18

**Noch nicht einen Pfennig**

kostet eine Handvoll  
**Brennessel-Häcksel**

Qualität I für Kleintiere.  
Also billig und gut. Original-Postbentel Mk. 4.50.  
Portofrei gegen Voreinsendung  
oder Nachnahme des Betrages.

Kaiser-Mühlen-Werke :: Leipzig-Li.



**Höhensonne**  
Homöopath. Kräuterleuren  
Radium  
u. a. vielbewährte Heilmittel.  
z. Individuell. Behandig. von:

**Rheuma**  
Gicht Ischias  
Herz-, Nerven-  
und Frauenleiden  
Offenen Beinen

Krankh. d. Atmungsorgane  
chron. Katarrhe, Asthma etc.  
Leber-, Gallen-, Magen-, Darm-,  
Nieren- u. Blasenkrankh.  
Spezial-Behandig.  
veralteter Leiden  
n. langjähr. erfolgreich. Praxis  
Institut P. Schubert  
LEIPZIG, Humboldtstr. 5.  
(Ecke Leipzigstr.-7 Min. v. Hauptbahnhof)  
Sprechz.: Wochnt. 10-2  
Sonnt. 11-12 U.

# ALLHOFF

Glas  
u. Porzellan



Die erste Klasse  
in Fach u. Form

JOE  
LOE



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Die Generalversammlung von Groß-Leipzig.

Morgen Sonntag, den 26. Oktober, findet die Generalversammlung von Groß-Leipzig statt. Die Generalversammlung hat diesmal eine außerordentliche Bedeutung, denn sie hat sehr wichtige Entscheidungen zu treffen. Die Tagesordnung: Politische Situation und Parteitarif, erfordert das größte Interesse aller Parteimitglieder; daher ist es die Pflicht aller Delegierten, die Versammlung zu besuchen. Keiner darf seine Delegiertenpflicht vernachlässigen. Die Versammlung beginnt pünktlich 9 Uhr vormittags.

Funktionäre Sektoren. Heute Sonnabend, 1/2 9 Uhr, Sitzung Restaurant Arno c. Erscheinen aller unbedingt notwendig.

Bezirk Zentrum (Alt-Leipzig). Dienstag, den 2. Oktober, abe 6 1/4 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Restaurant zur Gütte, Reichsstra. e 84. Der Bezirksvertreter.

Kurze für Betriebsräte.

Alle, die keine schriftliche Mitteilung über ihre Zulassung zum ersten Kurkurs erhalten haben, werden später berücksichtigt. Gewerkschaftsräte.

Vom Gesundheitswesen.

Die Folgen des Krieges.

Die Nachwirkungen des vierjährigen Krieges erfüllen sich jetzt mit erschütternder Tragik an deutschen Volks. Die vier apokalyptischen Reiter - Krieg, Hunger, Pest, Sittenlosigkeit und Tod - haben in den lebenden Geschlechtern Europas Verwüstungen angerichtet, die in der Geschichte beispiellos sind. Das deutsche Volk wird infolge seiner eingeschlossenen Lage von den Kriegsverwundeten besonders hart heimgesucht. Doppelt strafwürdig ist deshalb die verbrecherische leichtfertige Entsetzung der Hungerblockade durch die niederträchtigen Kriegshörer. Was der Krieg an Volksgesundheit vernichtet hat, ist überhaupt nicht wieder auszugleichen. Die Gesellschaft wird noch lange an den Folgen des Krieges krank. Stopp die soziale Fürsorge heute hier ein Loch zu, dann tritt morgen an andere Stelle ein neues auf. Tuberkulose, Melancholie, ausländische und einheimische Seuchen füttern von allen Seiten auf den durch Unterernährung geschwächten Menschen ein. Sind wir gegen die Einschleppung von Cholera, Pest und Fleckfieber noch einhergehenden gewappnet, so stehen wir den einheimischen Seuchen um so schwächer gegenüber. Unser ganzer hygienischer Apparat mit all seinen Einrichtungen, prophylaktischen Maßnahmen und Fortschritten ist ein totes Schicksal, solange und die wirtschaftlichen Zustände keine Anwendung nicht gestatten. In Krankenhäusern und öffentlichen Anstalten fehlt es an Wasser, Desinfektionsmittel und -Lebensmitteln. Die Bekämpfung der Kriegsepidemien erfordert einen hundertfachen Aufwand an hygienischen Maßnahmen. Dabei fehlt es jetzt an Notwendigkeiten, und der Krieg hat einen unglücklichen Verlauf der öffentlichen und privaten Hygiene gebracht. Die hundertfachen Schwerefällen in Gasthäusern und Kassenbetrieben, mit ihrem ständigen Mangel an Wasser, ihrer Unsauberkeit, ihrem ungeziefer und ihrem Zusammenpacken großer Menschenmassen auf dem engsten Raum sind von den Militärbehörden allzu geringschätzig unterdrückt und der Desinfektion preisgegeben worden. So ist es denn nicht zu verwundern, wenn große Teile unserer Bevölkerung an diese Dinge des täglichen Lebens noch einen "militärischen" Maßstab anlegen und kurzerhand erklären: "Ach, beim Militär war das noch viel schlimmer!" Die Schatzkammern der Hausfrauen vor dem Kriege hinter den Türen her. Heute sind Tausende von Wohnungen und Kindern verbannt. "C'est la guerre" pflegt man jetzt oft achselzuckend zu sagen und sich damit abzufinden. Unabsehbare Gefahren ereignen sich aus dieser leichtsinnigen Gleichgültigkeit gegenüber der Volksgesundheit. Die Erziehung zur Hygiene, zur Reinlichkeit und Schamhaftigkeit kann in unsern proletarischen Müttern nicht warm genug empfohlen werden.

Das weite Gebiet der öffentlichen Hygiene kann sich unter den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht wirksam entfalten. Die Zeuchengesetze müssen revidiert werden, das städtische Gesundheitswesen bedarf der Zusammenfassung, eine städtische Gesundheitspolizei muß energisch die Entstehung ansteckender Krankheiten, eingeschleppter, chronischer und akuter, überwochen und für deren Verhütung Sorge tragen. Die großen Fragen der Schulhygiene, Krankenhaushygiene, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Stadterweiterung, Spielplätze, Säuglings- und Kinderfürsorge bleiben unter den jetzigen traurigen Umständen ganz ungelöst. Es bedarf erst völliger Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ehe diese überaus wichtigen Forderungen im Interesse der leidenden Menschheit erfüllt werden können. Vorläufig steht es noch an den elementarsten Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Notwendigkeiten. Die durch den Krieg herbeigeführten allen hygienischen Grundfragen hörsprechenden Zustände sind der beste Nährboden für die wieder häufig wuchernde Tuberkulose. Während in den Großstädten die Lichtspielhäuser, Kinos und Gesellschaftsräume, Varietes, Studentenhäuser und andere Gesellschaftsräume der Bourgeoisie lustig gefeiert werden können, geben Meldungen über die Schließung von Lungenerkrankten ein. Wie die Thüringische Landesversicherungsanstalt vor kurzem mitteilte, muß sie den Betrieb der Lungenerkrankten in Bad Berka plötzlich einstellen, weil die Anstalt vom Kohlenbezug völlig ausgeschaltet wurde und nicht einmal den Mindestbetrieb aufrechterhalten kann. Auch der Betrieb des Karl-Friedrich-Hospitals in Mauterbs ist gefährdet.

Die physische Widerstandskraft des Körpers ist neben allen äußeren Mitteln die beste Waffe gegen die Tuberkulose. Diese Widerstandskraft aber ist durch den Krieg und seine Folgen furchtbar geschwächt worden. Eine vertrauliche Denkschrift über die Ernährungsverhältnisse in Deutschland, die eine amerikanische Kommission auf Veranlassung des amerikanischen Lebensmittelkontrollbüros Hoover verfaßt hat, bringt mit ungeheimelter Offenheit den Einfluß der Hungernot auf die Frauen und Kinder Mitteleuropas zum Vortrage. Ueber die Ausbreitung der Tuberkulose sagt der Bericht u. a.: In den Krankenhäusern hörten wir in allererster Linie, wie entsetzlich die Tuberkulose infolge der jahrelangen Unterernährung zugenommen hat. Am Jahre 1918 glaubte man in Deutschland die Tuberkulose als Volkskrankheit nahezu beseitigt zu haben. Die Sterblichkeit war von 26 Fällen auf 10 000 Einwohner, welche noch im Jahre 1892 jährlich vorkamen, im Jahre 1918 auf 14 gesunken. Während des Jahres ist die Zahl gewaltig zugenommen. Sie hatte im Jahre 1917 bereits 47 1/2 erreicht und steigt noch immer. In Deutschland sind im letzten Jahre allein an Lungentuberkulose 75 000 Menschen gestorben.

(Schluß folgt.)

Vom Elend der Armen.

Geradezu sprunghaft steigt sich die Not und das Elend der Armen. Die Arbeitslosen kommen mit ihrer Unterstützung schon längst nicht mehr aus, die Invaliden- und Altersrentner sind dem Verhungern preisgegeben, wenn nicht Angehörige sich ihrer annehmen, die Kranken verkommen bei den wenigsten Unterstützungsbeträgen, statt zu genesen, die Witwen der Gefallenen sehen mit ihrem Waisen offenen Auges das Ende nahen, wenn ihnen keine Hilfe wird, die Not der Kriegerverwundeten ist keiner Steigerung mehr fähig. Die unsäglichen Qualen der seelischen Not aller dieser Opfer unsrer heutigen Gesellschaft tauchen unter in einem Meer still vergossener Tränen des Weids und der Verzweiflung. Die gewaltige materielle Not drängt alle Berufsgruppen zur Forderung nach höheren Bezügen. Eine Kriegerverwundete, deren Mann schon 3 1/2 Jahre in Gefangenschaft ist, fragt in einem Schreiben an uns: Warum erhalten wir Kriegerverwundete nicht auch einmal Teuerung- oder Beschaffungszulage? Wittert man nicht es. Prüft sich die Regierung angesichts dieses Elends nicht veranlaßt, auch etwas an uns zu tun?

Wenn man bisher den einzelnen Arbeiter- und Beamtengruppen Beihilfen gewährte, so müßte man auch diesen armen Kriegerverwundeten die Unterstützungsbeträge erhöhen. Und das Reich hat hier in erster Linie einzugreifen.

In trostloser Lage sind auch die Kranken, die nur auf die Krankenunterstützung angewiesen sind. So schreibt man uns: Ich bin zur Zeit krank und erhalte von der Ortskrankenkasse 33 M., vom Verband der Buchdrucker 15 M., macht zusammen 48 M. Davon habe ich eine vierköpfige Familie zu ernähren. Da muß doch für die Kranken etwas getan werden. Die Ortskrankenkasse verlangt Erhöhung der Beiträge, um ihre Angehörigen besser zu bezahlen. An eine Erhöhung des Krankengeldes ist jetzt gar nicht zu denken. Ich meine, geschrieben ist nun genug von dem Elend der Kranken, man muß auch einmal etwas Positives sehen. Ich schlage vor, daß von der Stadt ein Zuschuß zum Krankengeld gewährt wird, der mit der Arbeitslosenunterstützung gleichstellt. Jetzt ist es die höchste Zeit, daß etwas auf diesem Gebiet unternommen wird.

Es ist bekanntlich Aufgabe des städtischen Fürsorgeamts, in solchen Fällen der Not einzugreifen. Da dessen Mittel beschränkt sind, muß das Reich Geld zur Verfügung stellen, damit die Krankenkassen höhere Unterstellungen zahlen können. Den Kranken muß auf jeden Fall geholfen werden.

Mangelhafte ärztliche Hilfeleistung.

Eine Arbeiterfrau in Leipzig-Reinshofener ging in der Nacht vom 28. zum 29. September ihrer Entbindung entgegen. Da sich diese schwierig gestaltete, wurde auf den Rat der Hebamme nach einem Arzt geschickt. Der Chemiker der Frau machte sich nun auf den Weg zum Arzt, wobei er aber die treibenden Erfahrungen sammeln mußte. Von nachts 12 Uhr bis früh 6 Uhr bemühte sich der Mann vergeblich bei seinen Versuchen, um Hilfe für seine Frau. Gegen 7 1/2 Uhr morgens kam endlich ein Arzt. In der Zwischenzeit kam aber auch ein anderer von den sieben angehenden Ärzten, Dr. Pfeifer aus E.-Plagwitz. Dieser kam bis vor die Haustür der Kranken, wo ihm gesagt wurde, daß seine Hilfe nicht mehr gebraucht werde, da wegen der dringenden Gefahr ein anderer Arzt geholt werden mußte. Darauf meinte Dr. Pfeifer: "Das geht nicht", dann fuhr er wieder mit der Straßenbahn davon. Für den Weg von seiner Wohnung zur Wohnung der Kranken schickte Dr. Pfeifer einige Stunden später eine Rechnung über 20 M. Es wäre wünschenswert, wenn die ärztliche Hilfe mit derselben Pünktigkeit geleistet worden wäre, mit der die Rechnung ausgestellt worden ist. Man muß aber auch erstunken fragen, wie kommt der Arzt dazu, für den Weg 20 M. Honorar zu fordern? Wie hoch hätte wohl die Honorarforderung sein sollen, wenn der Arzt wirklich Hilfe geleistet hätte? Im übrigen zeigt der Fall, wie schlimm es zur Zeit mit der Versorgung mit ärztlicher Hilfe bestellt ist. Abhilfe kann nur die Übernahme der ärztlichen Fürsorge durch den Staat bringen.

Einsetzung des Personenverkehrs an Sonntagen.

Vom Sonntag, dem 26. Oktober, ab fallen bis auf weiteres an Sonntagen alle der Personenbeförderung dienenden Züge aus. Lediglich für den Arbeiter- und Berufsverkehr werden auf nachstehend bezeichneten Strecken die wenigen angegebenen Züge gefahren zur ausschließlichen Benutzung durch Inhaber von Arbeiter- und Zeitarbeiterkarten. Ein Verbot von Fahrkarten (ausgenommen Arbeiter- und Zeitarbeiterkarten) findet an Sonntagen nicht statt. Die Bekannmachung der abzulaufenden Züge erfolgt durch Schalteransschlag.

Die Nachtzahnzüge D 21/D 22 Berlin-Leipzig-München verkehren sowohl in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag als auch vom Sonntag zum Montag, während die Nachtzahnzüge zwischen Leipzig und Görlitz D 1/D 121 und D 120/D 20, sowie der Schnellzug Nr. 184, Abfahrt 10,25 nachm. von Leipzig Hauptf. nach Plauen (Wegh.) nur in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verkehren und in der Nacht vom Sonntag zum Montag ausfallen.

Die Personenzüge Nr. 1561, Abfahrt 11,15 nachm. in Leipzig Hauptf. nach Grimma und Nr. 4218, Abfahrt 11,33 nachm. in Leipzig Hauptf. nach Altenburg, werden Sonntags regelmäßig abgefahren und sind für den Allgemeinverkehr benutzbar.

Linie Leipzig-Hof. Es verkehren: Personenzug 4202, Abfahrt 4,37 früh von Leipzig Hauptf. nach Verbau, Personenzug 4231, Abfahrt 8,57 früh in Leipzig Hauptf. von Verbau, Personenzug 4207, Abfahrt 12,47 nachm. in Leipzig Hauptf. von Verbau.

Linie Leipzig-Görlitz. Es verkehren: Personenzug 4500, Abfahrt 4,51 früh von Leipzig Hauptf. nach Görlitz, Personenzug 2512, Abfahrt 6,01 früh von Leipzig Hauptf. nach Görlitz (hält in Leipzig-Commernitz und Oelsch.), Personenzug 2541, Abfahrt 8,00 früh in Leipzig Hauptf. von Görlitz.

Auf Linien Leipzig-Nieska-Dresden und Leipzig-Döbeln-Dresden ruht der gesamte Personenverkehr.

Das Verbot einer müßigen Einweitung. Am Freitag fand unter dem Vorsitz des neuen Kreispräsidenten, des Rechtssozialisten Lange, die erste Sitzung des Kreisstadtschusses statt, die zugleich die letzte ihrer Art war, denn die Mandate der jetzigen Kreisstadtschussmitglieder sind erloschen. Der neue Kreisstadtschuss setzt sich zusammen aus den Kandidaten, die von den letzten Gemeindevorversammlungen gewählt sind. Mit dem alten Kreisstadtschuss sind eine Einwirkung ins Grab, die seit 40 Jahren jederzeit ein brauchbares Werkzeug der Reaktion war. Sie verdient einen Sturz und einen Steinwurf.

Arbeiter-Bildungsinstitut. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Vortrag mit Lichtbildern im Neuen Theater, gehalten von Dr. Max Deré-Verlin, schon um 2 Uhr seinen Anfang nimmt. Die Besucher werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Karten sind noch am Eingang zu haben.

Die Fleischmeister Unterschriften sammeln. Ein Leser teilt uns mit: Mit welchen Mitteln die Leipziger Fleischmeister gegen die Kommunalisierung der Fleischereibetriebe arbeiten jetzt operieren? Der Fleischmeister Otto Stein in der Windmüngenstraße sammelt Unterschriften für die Petition gegen die Kommunalisierung, bekommt kein Fleisch. Ich habe das Treiben lange Zeit mit angesehen und muß zu meinem Bedauern die Mitteilung machen, daß alle Hausfrauen unterschreiben haben. Wie wir schon wiederholt angeführt haben, ist die ganze Aktion der Fleischmeister vollkommen wertlos. Mit solchen Mitteln halten sie die Kommunalisierung wirklich nicht auf.

Ueber mangelhafte Armenpflege in Leipzig berichtet mir in Nr. 84 unsrer Zeitung: Eine Frau hatte mich geschrieben, daß sie mit 4 Kindern wohnhaft nur 10 M. Unterstützung bekomme nur 20 M. Verdienende und mit ihren wiederholten Bitten um Erhöhung vom Armenpfleger Schöff abgewiesen worden sei. Wie und was das

Fürsorgeamt mitteilt, lagen die Verhältnisse insofern anders, als der wöchentliche Arbeitsverdienst nicht 20 M., sondern 40 M. betragen hat. Ebenso entspricht die weitere Behauptung der Frau, sie sei mit ihren Bitten vom Armenpfleger Schöff abgewiesen worden, nicht den Tatsachen.

Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß die Frau nur 10 M. wöchentlich an Unterstützung erhalten hat. Zusammen mit dem Arbeitsverdienst beträgt die Summe 50 M. Davon kann eine Familie von fünf Köpfen nicht leben. Deshalb hätte eine höhere Unterstützung bewilligt werden müssen.

Die Legitimation der Polizeibeamten. In der letzten Zeit sind wie uns mitgeteilt wird, in wiederholten Fällen unberechtigte Personen mit gefälschten Ausweisen als Polizeibeamte aufgetreten. Um derartigen Fällen entgegenzutreten, sind außer den Kriminalbeamten des Polizeiamtes nunmehr auch die Beamten der Seerespolizei mit besonderen Erkennungszeichen nach Art derjenigen, wie sie die höheren Polizeibeamten schon seit längerem Jahren führen, ausgerüstet worden. Die Marken der Beamten der Seerespolizei tragen auf der einen Seite den Namen Reichsadler, auf der anderen die Nummer und Prägnung: „Ueberwachungsabteilung Oberkommando Seerespolizei.“ Neben dieser Erkennungsmarke führen die Beamten der Seerespolizei den bereits früher bekanntgegebenen zweifarbigen Ausweis auf blauem Grunde, welcher Namen, Lichtbild und eigenhändige Unterschrift des betreffenden Beamten, sowie hierauf den Stempel des Oberkommandos und die Unterschrift des Reichswehrministeriums trägt, bei sich. Das Publikum ist berechtigt, von den Beamten in allen Erörterungsfällen, bei Durchsuchungen, Beschlagnahmungen usw. die Vorzeigung der Erkennungs-marke und Notigensfalls des Ausweises zu verlangen. Die Beamten sind angewiesen, sich bei der Vornahme von Amtshandlungen vorher durch Vorzeigung der Erkennungs-marke zu legitimieren. Bei Beschlagnahmungen erhalten die Betroffenen außerdem einen gedruckten Beschlagnahmehrschein ausgedruckt, welcher den Dienststempel und die Unterschrift des Führers der betreffenden Zweigstelle und diejenige des ausführenden Beamten trägt.

Verweigerung des Schulgeldes bei nicht genügender Besetzung der Schulräume. Am 15. und 22. Oktober fanden zwei aufgesuchte Elternversammlungen der städtischen Schule für Frauenberufe statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Im Hinblick darauf, daß die Frauenberufsschule eine Schule zum Zweck der Erleichterung für das praktische Leben ist, die in den kurzen Frei von zwei Jahren ihren Lebensgang beenden muß, während für andere Schulen acht oder neun Jahre zur Verfügung stehen, in denen ein Ausbruch erfolgen kann, wird der Rat der Stadt Leipzig ersucht, der Schule für Frauenberufe eine besondere bevorzugte Verleserung von Beihilfen zu ermöglichen. Andernfalls würden sich die Eltern vorbehalten, die Zahlung des Schulgeldes zu verweigern und Schadenersatzansprüche zu stellen.

Demokratischer Partitag in Leipzig. Der außerordentliche Partitag der Deutschen Demokratischen Partei findet wie W. L. B. hört, in den Tagen vom 18. bis 18. Dezember 1919 im Großen Festsaal des Zoologischen Gartens in Leipzig statt.

Elternabend. Die Volksschulen der westlichen Vororte veranstalten Dienstag, den 23. Oktober, a ends 8 Uhr, im Großen Saale des Plessenerstr. in Plagwitz einen Elternabend. Herr Feiler Vogel (46. Volksschule) wird über Schule und Kohlennot sprechen. - Die 21. Volksschule, L. V. Probstheida, hält am Dienstag, dem 23. Oktober, im kleinen Saale des Gasthofes Probstheida ihren 8. Elternabend ab, in dem nach einleitendem Vortrag des Herrn Böhmke der Elternrat gewählt werden soll.

Ein schlafseeliger Herr ist der Inhaber der Sebezugsfabrik A. Pippig u. Co., Lindenau, Altbener Straße 180. Am 19. Oktober fuhr er abends im Auto durch die Altbener Straße. Einige Kraben verließen infolge dessen den Sand auf das Auto warfen. Herr Pippig ergab sich kurz entschlossen einem Kraben, geriet ihn aus dem Auto, fuhr mit ihm in der Dunkelheit fort und prüllte ihn durch. Dabei hatte der Junge nichts getan, und ein Recht, fremde Kinder zu schlagen, gibt es nicht. Deshalb hat auch der Vater des Kraben Strafantrag gegen Herrn Pippig gestellt.

Linie R - m i Strich - wird Linie 2 wird Linie 18. Die Große Leipziger Straßenbahn lei t uns mit, daß vom 27. d. M. an die Wagen der Linie R - mit Strich - (Kinner-Croitzdorf-Paunsbühlhof - Ohlsdorf) die Bezeichnung „R“ erhalten. Kom sei in Folge an was ein der Wagen der Linie R (Wegh.) - Pausbühlhof - Ohlsdorf - seit dem 27. d. M. die Bezeichnung „18“ führen.

Schlachthaus R de- und Vefelklub Die Teilnehmer am 20.000 den Ankun trefte sich morgen, Sonntag früh 1/2 9 Uhr, am Schlachthaus, Sellaer usen

Schlachthaus. Mo tag, den 27. Oktober, vormittags von 9 bis 12 Uhr, Aus- aber rau Ansehenbühner lt, Krähwürfel, Fleckhülze und Streichwurft Verkauf an jedermann.

Lebensmittellisten für Montag, den 27. Oktober.

Bei Bauhaushilfen.
Kumelbunq: Runkelkorn; abzugeben 15 E und K der a. l.
Lebensmittelliste bei e L (1/2 Pfund).
Ameri antic:es Mehl; abzugeben Einfuhrzulassmarke O 18 (1/2 Pfund).

Wels und Suppen; abzugeben Einfuhrzulassmarke O 17 (100 Gramm Wels und 250 Gramm Suppen); Fleischmarken reifen M1-5 (100 Gramm); Bauhaushilfenmarken 7 für Kriegesgefangene (250 Gramm).

U d g a b e: Margarine und Kofos it: E yter Tag - beiekt mit Landstetmarke L 60 Gramm Margarine und 80 Gramm Kofos (1/2); Fettmarke für Kriegesgefangene (6 Gramm Margarine).
Zuckerkarten der Reihe 15: R. 401-800.

Rit Dan:ter.
Butter und Speiseöl Bezugsernenntnahme und Abgabe der
Rutterbezugs-karten: B :84 bei den Ruttergroß- händlern nd der
Oelverkauf an Sp ebenda u d den Untertanen A nachstellen.
Kart sellen: Markenabnehmer na und Bezugskartenab- isierung
Ka 188 an die Großvertriebler und Öbmänner.

Polizeinrichten.

Kassierterer Beitrag um Zigaretten! Am 21. d. M. hat sich ein elegant auftretender Mensch in einem Zigarettengeschäft Zigarettenproben gekauft und dabei durchblicken lassen, daß er eventuell einige Tausend dieser Sorten kaufen würde. Er hat dann auch am Nachmittag telephonisch 10 000 Stück der Marken Stralight und Embassy bestellt, die ihm der Sicherheit wegen der Geschäftsinhaber persönlich nach einem bekannten Hotel im Stadtimnern trug. Er wurde dort im Hausflur von seinem neuen Kunden bereit erwartet und mit nach seinem Zimmer genommen. Bei der Verabreichung stellte es sich aber heraus, daß das Geld nicht reichte. Der Käufer bestellte eine Droschke und nun fuhr er weid nach der Deutschen Bank, die aber leider (was dem Gauner sicher bekannt war) schon geschlossen war. Unverrichteter Sache gingen beide nach dem Hotel zurück, als plötzlich der Mann kurz vor dem Hotel die Flucht ergriff und entkam. Weil es dem Zigarettengeschäftsinhaber aber weniger um die Person des Unbekannten als um die - nach seiner Meinung - in sicherem Gewahrsam befindlichen Zigaretten zu tun war, gab er sich auf keine sonderliche Miße, den andern zu verweisen. Der beschrieb aber keinen Schreck, als er im Hotel angekommen, vom Portier erfährt, daß die Pakete mit den Zigaretten bereits kurz, nachdem er mit dem Unbekannten das Hotel verlassen hatte, von einer dritten Person



weggeschafft worden waren. Der Fortler war vorher schon von dem Sozialist verhaftet worden, das "sein Bruder" das Zimmer in seiner Abwesenheit betreten dürfte. Das ganze war ein sehr angelegter Schwindel, durch den der Betrug um 474 M. geschädigt worden ist. Der Betrüger hat sich Karl Wagener genannt; über seinen Namen ist nichts bekannt. Sachliche Wahrnehmung ergibt schließlich die Kriminalabteilung.

### Veranstaltungen der Jugendvereine.

**Allgemeines.** Morgen, Sonntag, pünktlich 10 Uhr vormittags im großen Saal des Auguste-Schmidt-Hauses: 1. Morgen-Veranstaltung. Mitwirkende: Karl Wästenhagen, Mitglied der Stadtischen Theater (Regitation), Mandolinenspieler: Kland (L. Mandoline), Peinade (L. Mandoline), Cilliger (Mandola), Tomes (Gitarre). Eintritt 50 Pfg. Karten noch im Eingang.

**Bühlberg.** Sonntag 3 Uhr: Nachmittagsausflug bei schönem Wetter; bei schlechtem Wetter Brudervereinsbesuch. Treffen Grüne Aue. Mittwoch 1/2 Uhr: Vortrag im Heim. — **Goldschulden.** Sonntag 6 Uhr: Winterabend. Freitag, vormittags 10 Uhr: Museumsbesuch. Abends Treffen im Lokal. — **Alteisenwerker.** Sonntag: Beteiligung an der Morgen-Veranstaltung im Auguste-Schmidt-Haus. Treffen 1/2 Uhr am Wein. Heim nachmittags von 4 Uhr an geöffnet. Dienstag: Vortrag. Donnerstag: Winterabend. — **Leipzig.** Sonntag: Beteiligung an der Morgen-Veranstaltung im Auguste-Schmidt-Haus. Treffen 1/2 Uhr am Wein. — **Leipzig.** Sonntag: Beteiligung an der Morgen-Veranstaltung im Auguste-Schmidt-Haus. Treffen 1/2 Uhr am Wein. — **Leipzig.** Sonntag: Beteiligung an der Morgen-Veranstaltung im Auguste-Schmidt-Haus. Treffen 1/2 Uhr am Wein.

### Aus der Umgebung Leipzigs.

**Konferenz der Ernährungsausschüsse.**  
Auf Veranstaltung des Arbeiterrates fand hier eine Konferenz der Ernährungsausschüsse der Gemeinden und leitende Beamte der Kreis-Verwaltung. Dr. Dertel gab zunächst einen Überblick über die Lage der Ernährungsausschüsse im Reich. Die Reichsausschüsse sind in der Regel als Ausschüsse der Gemeindeverwaltung eingerichtet. Die Ernährungsausschüsse sind in der Regel als Ausschüsse der Gemeindeverwaltung eingerichtet. Die Ernährungsausschüsse sind in der Regel als Ausschüsse der Gemeindeverwaltung eingerichtet.

für die Belegstellen Kartoffeln ohne Marken zu einem höheren Preise zu beschaffen, als der Höchstpreis beträgt. Auch dadurch würde die Verteilung nicht gleichmäßig, da diese Kreise sich marktfreie Kartoffeln beschaffen könnten.

**Ueber das Preisgesetz.** Dr. Dertel gab den Preis der Kartoffeln an. Er wurden drei Arten Fleisch verteilt: 1. Fleisch, 2. Fleisch, 3. Fleisch. Die Stadt Leipzig hat den Preis von Woche zu Woche fest. Der Landbezirk hat jedoch für das Fleisch gleichmäßig festgesetzte Preise. Es wurde zur Sprache gebracht, dass ein Fleischhändler seinen Kunden gedroht habe, wenn sie seine Konkurrenz nicht nähmen, so erhielten sie auch kein Fleisch. Aus diesem Grunde wurde darüber verhandelt, wo die von den Hausfrauen abgetriebenen Schweinehälften bleiben. Der Dertel erklärte das Verfahren des Fleischhändlers. Er führte weiter aus, dass die Fleischverteilung im Kommunalverband die Fleischverteilung zur Verteilung zugewiesen habe, da tatsächlich nicht genügend Fleisch zur Verteilung vorhanden sei. Die abgetriebenen Schweinehälften würden jedoch zur Verarbeitung für die Wurst gebraucht. Auch sei zweimal Schweinefleisch, von den abgetriebenen Schweinen stammend, zur Verteilung gelangt.

**Kohlennot und Schule.**  
Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins nahm hierzu in seiner Sitzung vom 19. Oktober in folgender Erklärung Stellung:  
Die Schule hat während des Krieges schwer gelitten. Hunderttausende sächsischer Schulkinder sind fast fünf Jahre hindurch geistig durchweg auf halbe Ration und weniger gelehrt worden. Im kommenden Winterhalbjahr werden Unterricht und Erziehung der Jugend, die mit Ostern dieses Jahres allenthalben in geordnete Bahnen geleitet worden waren, durch die herrschende Kohlennot erneut auf das schwerste bedroht. Die wichtigsten Zweige der Industrie, das Verkehrswesen und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln müssen in ihrem Holzstoffbedarf unbedingt sichergestellt werden. Aber — auch die Schule gehört für die Gegenwart wie vor allem zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft von Volk und Vaterland zu diesen lebenswichtigen, ja lebensnotwendigen Betrieben. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins richtet darum an alle beteiligten Kreise, an die Verwaltung des Staates wie an die Verwaltungen der Gemeinden in Stadt und Land, die dringende Anforderung, im Interesse der geistig schwer leidenden Schulkinder alles zu tun, um der Schule die erforderlichen Holzstoffe zur Verfügung zu stellen und die Durchführung eines geregelten Unterrichtsbetriebes im bevorstehenden Winterhalbjahr zu ermöglichen.

So sehen die Bemühungen untrer Agrarier zur Sicherung der Volksernährung aus. Und dann beklagen sich die Dertel darüber, dass die Empörung und die Feindschaft gegen die Landwirtschaft bei der hungernden Bevölkerung fortgesetzt wächst.

**Ueber die sächsischen Volkshäuser.** Dr. Dertel gab den Preis der Kartoffeln an. Er wurden drei Arten Fleisch verteilt: 1. Fleisch, 2. Fleisch, 3. Fleisch. Die Stadt Leipzig hat den Preis von Woche zu Woche fest. Der Landbezirk hat jedoch für das Fleisch gleichmäßig festgesetzte Preise. Es wurde zur Sprache gebracht, dass ein Fleischhändler seinen Kunden gedroht habe, wenn sie seine Konkurrenz nicht nähmen, so erhielten sie auch kein Fleisch. Aus diesem Grunde wurde darüber verhandelt, wo die von den Hausfrauen abgetriebenen Schweinehälften bleiben. Der Dertel erklärte das Verfahren des Fleischhändlers. Er führte weiter aus, dass die Fleischverteilung im Kommunalverband die Fleischverteilung zur Verteilung zugewiesen habe, da tatsächlich nicht genügend Fleisch zur Verteilung vorhanden sei. Die abgetriebenen Schweinehälften würden jedoch zur Verarbeitung für die Wurst gebraucht. Auch sei zweimal Schweinefleisch, von den abgetriebenen Schweinen stammend, zur Verteilung gelangt.

**Ueber das Preisgesetz.** Dr. Dertel gab den Preis der Kartoffeln an. Er wurden drei Arten Fleisch verteilt: 1. Fleisch, 2. Fleisch, 3. Fleisch. Die Stadt Leipzig hat den Preis von Woche zu Woche fest. Der Landbezirk hat jedoch für das Fleisch gleichmäßig festgesetzte Preise. Es wurde zur Sprache gebracht, dass ein Fleischhändler seinen Kunden gedroht habe, wenn sie seine Konkurrenz nicht nähmen, so erhielten sie auch kein Fleisch. Aus diesem Grunde wurde darüber verhandelt, wo die von den Hausfrauen abgetriebenen Schweinehälften bleiben. Der Dertel erklärte das Verfahren des Fleischhändlers. Er führte weiter aus, dass die Fleischverteilung im Kommunalverband die Fleischverteilung zur Verteilung zugewiesen habe, da tatsächlich nicht genügend Fleisch zur Verteilung vorhanden sei. Die abgetriebenen Schweinehälften würden jedoch zur Verarbeitung für die Wurst gebraucht. Auch sei zweimal Schweinefleisch, von den abgetriebenen Schweinen stammend, zur Verteilung gelangt.

**Kohlennot und Schule.**  
Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins nahm hierzu in seiner Sitzung vom 19. Oktober in folgender Erklärung Stellung:  
Die Schule hat während des Krieges schwer gelitten. Hunderttausende sächsischer Schulkinder sind fast fünf Jahre hindurch geistig durchweg auf halbe Ration und weniger gelehrt worden. Im kommenden Winterhalbjahr werden Unterricht und Erziehung der Jugend, die mit Ostern dieses Jahres allenthalben in geordnete Bahnen geleitet worden waren, durch die herrschende Kohlennot erneut auf das schwerste bedroht. Die wichtigsten Zweige der Industrie, das Verkehrswesen und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln müssen in ihrem Holzstoffbedarf unbedingt sichergestellt werden. Aber — auch die Schule gehört für die Gegenwart wie vor allem zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft von Volk und Vaterland zu diesen lebenswichtigen, ja lebensnotwendigen Betrieben. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins richtet darum an alle beteiligten Kreise, an die Verwaltung des Staates wie an die Verwaltungen der Gemeinden in Stadt und Land, die dringende Anforderung, im Interesse der geistig schwer leidenden Schulkinder alles zu tun, um der Schule die erforderlichen Holzstoffe zur Verfügung zu stellen und die Durchführung eines geregelten Unterrichtsbetriebes im bevorstehenden Winterhalbjahr zu ermöglichen.



München. In einer Arbeitslosenversammlung gab der Referent Stadtrat Dr. Gubel, Chemnitz eine kritische Erklärung des Arbeitsamtes...

Widau. Die städtischen Beihilfen sind in der Hauptsache gestiegen. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen...

Wilmersdorf. Vor dem Gemeindevorstand versammelten sich gestern vormittag über 1000 Personen...

Zittau. Bei den Wahlen zur Bezirksversammlung in der Amtshauptmannschaft wurden...

Zschopau. Der Kampf zwischen dem hiesigen Amtsvorstand der Bauern und dem Stadtrat hat ansehnlich mit einer Niederlage der Bauern...

Burg. In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober wurde ein Geschütz mit 21 Zentner Kartoffeln...

seiner Beratungen angefangen. Vorstehender Brandes hält folgende Schlusssätze:

Kollekt! Als wir von Köln gingen, mußten wir alle, daß die Anhänger einer Politik...

Koch. Es soll eine andre Tätigkeit in der Hauptverwaltung erhalten. Der sozialen Fürsorge der Arbeiter...

Je mehr der Kapitalismus seinem Ende entgegengeht, um so schärfer werden die Klassenkämpfe...

Gewerkschaftsbewegung.

Vertrag in mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

Nach einer Mitteilung der bürgerlichen Presse ist in Verhandlungen zwischen Vertretern der Bergarbeiter...

Der erweiterte Bezirks-Bergarbeiterrat hat sich in seiner Sitzung am 18. d. M. mit dem jetzt abgeschlossenen Tarifvertrage...

Ein als einflussreicher Mann bekannter, bringen wir hiermit dem mitteldeutschen Braunkohlengrubenrat...

Zeit für Baden stehen die Holzarbeiter in Halle im hiesigen Kampfe...

Nach neuntägigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband...

Dieses Schicksal haben die Holzarbeiter in einer überfüllten Versammlung abgelehnt...

Aus dem Brauergewerbe.

Die wirtschaftliche Lage der Brauereien war schon vor dem Kriege keine besonders gute...

zu erlangen. Es war natürlich unmöglich, auf die Dauer bei dem ständig steigenden Preisen...

Gerichtssaal.

Der Spreizerparagraf gegen Lohnbewegungen.

Das Landgericht Halle a. S. hat am 8. Mai den Steiger Otto Peters wegen Erpressung...

Der § 180 des Strafgesetzbuches gegen die Presse.

Das Landgericht Breslau hat am 24. Mai den Arbeiter Robert Pange wegen Vergehens nach § 180 des Strafgesetzbuches...

Um die rote Fahne. Vom Landgericht Münster ist am 11. April die verheiratete Bernhardine Kruse...

Schöffengericht.

Wegen des Verkaufs der Käsezeitung und des Klassenkampfes hatte der Zeitungshändler...

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Mäcken. Ja, Sie ist verpflichtet, der Tochter bei deren Verheiratung...

D. S. Ihre Mitteilungen haben wir wunschgemäß weitergegeben...

S. S. Wenden Sie sich zunächst an das zuständige Bezirkskommando...

S. S. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Volkshaus...

W. S. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Volkshaus...

H. S. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Volkshaus...

W. S. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Volkshaus...



Der Jahrmakel des Lebens.

Ein Roman ohne Namen von William Makepeace Thackeray.

Drittes Kapitel.

Rebetta steht dem Feinde gegenüber.

Ein äußerst starker, wohlgenährter Mann in Lederhosen und Samtrocken...

„Es ist nur deine Schwester, Joseph.“ sagte Amalie lachend...

„Nein, niemals, auf mein Wort.“ sagte der Herr...

„Meinen Sie?“ sagte Rebetta...

„Um Gottes willen nicht, Rebetta!“ rief Fräulein Sharp...

„Meinen Dank für die schönen Schals, Bruder.“ sagte Amalie...

„D, hümmlich!“ sagte Fräulein Sharp...

Joseph hatte unterdessen fortgefahren...

„Ich kann dir nicht so schöne Geschenke machen, Joseph.“

„In diesem Augenblicke trat der Vater der Familie ein...“

„Joseph verlangt, daß ich nachsehen soll, ob sein...“

„Ein empfindlicher Polakoff.“ sagte der alte Herr...

Bei dieser Antwort brach Joseph in einen wilden Lachanfall aus...

„Die junge Dame ist deine Freundin, Fräulein Sharp...“

„Doban Sie und Amy sich schon mit Joseph geantzt...“

„Ich habe Bonamy versprochen, mit ihm zu essen.“

„Frut, hast du nicht deiner Mutter gesagt, daß du hier...“

„Aber in dieser Kleidung ist es unmöglich.“

„Sehen Sie ihn nur an, Fräulein Sharp, ist er nicht hübsch...“

„Darauf blickte natürlich Fräulein Sharp ihre Freundin an...“

„Doban Sie jemals ein solches Paar Lederhosen bei Fräulein...“

„Um des Himmels willen, Vater.“ sagte Joseph.

„Nun da, ich habe seine Gefühle verletzt. Liebe Frau, ich habe...“

„Frage Fräulein Sharp, ob ich nicht getau habe? Kommt...“

„Wir haben einen Pfland, Joseph, ganz so zubereitet, wie du...“

„Kommt, kommt, Mann, nimm Fräulein Sharps Arm, ich will...“

Wenn Fräulein Sharp den Entschluß gefaßt hatte, die Eroberung...

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

„Was ist die Ursache, daß junge Mädchen in Gesellschaft...“

aufher Rebetta Sharp hat sich schon solchen herrlichen, wachen Träumen...

(Vortsetzung folgt.)

König Menelaos, der Dividendenjäger.

Legenden sind dazu da, daß sie von der Wissenschaft zerstückt werden...

Bei dieser Fortsetzung hat neuerdings Walter Leaf, der Autor...

Das ist der Menelaos im Lichte der modernen Forschung, die...

Vortrag mit Lichtbildern im Neuen Theater

Die bereits mitgeteilt, haben sich für den Vortrag mit Licht-

Wenn aus dem Ranne der Notwendigkeit und Tagesnotdurft...

Kleine Chronik.

Drittes Gewandhauskonzert. Es ist bekannt, daß Nikisch der...

Vortragsabend von Harry Proch. Mit mehr Mut als Können...

Eine Volksooper soll in Leipzig gegründet werden, wie das Tage-

Obgar Steiger ist in München 60 Jahre alt gestorben. Als...

Städtische Theater. In der für Montag im Neuen Theater an-

Kammerspiele. Das Gastspiel von Ida Orloff erreicht mit dem...

Leipziger Kunstverein. Die Ausstellung der Landschaften aus...

Wochenplan.

Neues Theater. Sonntag, 2 Uhr: Lichtbildervortrag für das...



Krapotkin und das heutige Russland

Die Humanité vom 10. Oktober veröffentlicht einen Brief des großen russischen Revolutionärs Peter Krapotkin an den bekannten dänischen Schriftsteller Georg Brandes. Der Brief stammt aus dem April 1919 und ist aus Gründen, die unabhängig von dem Willen des Überbringers waren, erst jetzt in die Hände von Brandes gelangt.

Der Brief bedarf keiner langen Einleitung. Krapotkin, der Theoretiker des anarchistischen Kommunismus und zugleich — von dem Sturz des Zarismus — der Patriarch der revolutionären russischen Bewegung, sieht mit historischem Blick eine Parallele zwischen der Herrschaft der Zaren und der Herrschaft der Bolschewisten. Er, der nicht Bolschewist ist, und zwischen dessen Ideal eines vollständig dezentralisierten Staates und der Wirklichkeit der sozialistischen Republik Russlands, die, so überaus sie auch sei, nichtskontingenter eine sehr tätige zentrale Macht aufrechterhält, ein sehr großer Unterschied besteht, anerkennt den historischen Fortschritt, den die Herrschaft der Bolschewisten eingeleitet hat.

Beachtung dürfen aber auch die Worte Krapotkins über die wirtschaftliche Lage Russlands beanspruchen. Krapotkins ruhiges und sachliches Zeugnis ist von großem Wert und seine Bemerkungen über die Notwendigkeit der Hilfe der Westmächte für Russland, sind allen denen zur Beachtung zu empfehlen, die die gewaltige Zerrüttung der russischen Wirtschaftsverhältnisse bei ihren Betrachtungen vollständig außer acht lassen.

Krapotkin schreibt:

Endlich bietet sich eine Gelegenheit, Ihnen zu schreiben, und ich heile mich, Sie zu benutzen, ohne übrigens, höher zu sein, als der Brief Sie auch erreichen wird.

Wir beide danken Ihnen von Herzen für das brüderliche Interesse, das Sie an Ihrem alten Freund genommen haben, als das Gerücht von seiner Verhaftung verbreitet wurde. Dieses Gerücht war vollkommen falsch, wie auch die Erzählungen über meinen Gesundheitszustand.

Die Person, die Ihnen diesen Brief überbringt, wird Ihnen von dem einsamen Leben, das wir in unserer kleinen Provinzstadt führen, erzählen. In meinem Alter ist es praktisch unmöglich, während einer Revolution an den öffentlichen Geschäften teilzunehmen, und eine Beschäftigung darin nur aus Liebhaberei liegt nicht in meiner Natur. Bergangenen Winter, bin wir in Moskau zubrachten, habe ich mit einem Kreis von Mitarbeitern an der Ausarbeitung der Grundlagen einer föderalistischen Republik gearbeitet. Aber der Kreis mußte sich zerstreuen, und ich habe mich an eine Arbeit über die Ethik begeben, die ich vor etwa 15 Jahren in England begonnen hatte.

Alles was ich jetzt tun kann, ist, Ihnen im allgemeinen ein Bild über die Lage in Russland zu geben, über die man sich hier in der Welt nicht genügend Rechenschaft gibt. Eine Analogie wird Sie vielleicht erklären:

Wir erleben in diesem Augenblick, was Frankreich während der jakobinischen Revolution vom September 1792 bis Juli 1794 durchgemacht hat, mit der Differenz, daß jetzt eine soziale Revolution ihren Weg sucht.

Die diktatorische Methode der Jakobiner war falsch. Sie konnte keine dauerhafte Organisation schaffen und mußte mit der Reaktion endigen. Aber die Jakobiner vollendeten nichts, weswegen im Juni 1793 die im Jahre 1789 begonnene Revolution der feudalen Rechte, die weder die Konstituante noch die Legislative vollenden wollten. Auch verhinderten sie die politische Gleichheit aller Bürger. Das waren zwei ungeheuer fundamentale Mängel, die im Laufe des 19. Jahrhunderts ihren Weg durch Europa nahmen.

Die gleiche Erscheinung zeigt sich in Russland. Die Bolschewiki bemächtigten sich, durch die Diktatur eines Teils der sozialdemokratischen Partei die Sozialisierung des Lebens, der Industrie und des Handels einzuführen. Die Forderung, die sie vorzunehmen trachten, ist das Grundprinzip des Sozialismus. Unglücklicherweise macht die Methode, mit der sie in einem sozialisierten Staate einen an den von Babeuf erinnerten Kommunismus erzwingen wollen — indem sie die aufbauende Arbeit des Volkes lähmen —, das Gelingen vollständig unmöglich. Das bereitet uns auf eine milde, bösartige Reaktion vor. Sie sucht sich schon zu organisieren, um die alte Ordnung wieder einzuführen, indem sie aus der allgemeinen Erschöpfung, einer Folge zunächst des Krieges, dann des Hungers, der wir in Zentralrussland erleben, und der vollkommenen Desorganisation des Handels und der Produktion, was bei einer so ausgedehnten, durch Defizit vollendeten Revolution unvermeidlich ist, Nutzen zieht.

Man spricht im Westen von der Wiederherstellung „der Ordnung“ in Russland durch eine bewaffnete Intervention der Alliierten. Sie, lieber Freund, wissen genau, wie verheerend jedem sozialen Fortschritt Europas gegenüber meiner Ansicht nach die Haltung derjenigen war, die die Widerstandskraft Russlands zu desorganisieren suchten — was den Krieg um ein Jahr verlängerte, und unter dem Deckmantel eines Vertrages die deutsche Invasion brachte und Ströme an Blut kostete, um zu verhindern, daß das regierende Deutschland Europa unter seinem kaiserlichen Siefel geriet. Sie kennen meine Gefühle in dieser Hinsicht.

Und trotzdem protestiere ich mit aller Kraft gegen jede Art bewaffneter Intervention der Alliierten in die russischen Angelegenheiten. Diese Intervention würde einen Aufstieg des russischen Chauvinismus zur Folge haben. Sie würde uns eine chauvinistische Monarchie bringen — man sieht bereits die Anzeichen — und bedenken Sie wohl, sie würde bei der Gesamtheit des russischen Volkes eine feindselige Haltung gegen Westeuropa erzeugen — eine Haltung, die die traurigsten Folgen haben würde. Die Amerikaner haben das bereits sehr gut verstanden.

Man denke viellecht, daß man durch die Unterstützung des Admirals Koltshak und des Generals Demilin eine liberale, republikanische Partei unterstützt. Was auch die persönlichen Absichten der beiden militärischen Führer sein mögen, die große Zahl derjenigen, die sich um sie sammeln, hat andre Ziele. Was sie und notwendigerweise bringen würden, wäre eine Rückkehr zur Monarchie, die Reaktion und Ströme an Blut.

Dieserigen unter den Alliierten, die klar sehen in den Ereignissen, müßten deshalb jede bewaffnete Intervention zurückweisen. Um so mehr, da sie, wenn sie wirklich Russland zu Hilfe kommen wollen, in einer andern Richtung unendlich zu tun finden werden. Und selbst es an Brot in dem weiten Gebiet der zentralen und nördlichen Provinzen.

Wenn man sich in Moskau oder hier in Dmitrow ein Pfund schwarzes Roggenbrot kaufen — außer dem Pfund oder Viertelpfund, das der Staat jeder Person zu dem sehr erhöhten aber relativ niedrigen Preis von 1 Rubel 50 das Pfund (das waren früher 4 Frank) liefert — muß man 25 bis 30 Rubel (das sind 52 bis 75 Frank) für das Pfund von 150 Gramm bezahlen. Und selbst dann bekommt man es noch nicht! Das ist der Hunger mit all seinen Folgen. Eine ganze Generation sieht dahin... Und man verweigert uns das Recht, Brot in den Weststaaten zu kaufen. — Warum? Geschlecht es deswegen, um uns einen Romanow zurückzuführen?

Überall in Russland fehlt es an fertigen Waren. Der Bauer zahlt wahnsinnige Preise für eine Sense, eine Art, einige Äpfel, eine Nadel, einen Meter irgendeines Stoffes — 1000 Rubel (früher waren das 2500 Frank) für die vier beschlagenen Räder eines schlechten russischen Wagens. In der Ukraine ist es noch schlimmer: man findet zu keinem Preis irgendwelche Waren.

Anstatt die Rolle zu spielen, die Oesterreich, Preußen und Russland im Jahre 1793 Frankreich gegenüber spielten, hätten die Alliierten alles tun müssen, um dem russischen Volke zu helfen, aus dieser schrecklichen Lage herauszukommen. Uebrigens könnte man Ströme an Blut vergießen, um das russische Volk zur Bergangenheit zurückzuführen — es würde nicht gelingen.

An der Gründung einer neuen Zukunft durch die aufbauende Arbeit eines neuen Lebens, das sich trotz allem schon ankündigt, sollten uns die Alliierten helfen. Kommt, ohne zu zögern, unsere Kinder zu Hilfe! Selbst uns bei der notwendigen aufbauenden Arbeit. Und dazu schide man uns keine Diplomaten und Generale, sondern Brot, Werkzeuge, um es erzeugen zu können, Organisatoren, die den Alliierten während dieser schrecklichen fünf Jahre so gut geholfen haben, die ökonomische Desorganisation zu verhindern und die barbarische Inflation der Deutschen zurückzuweisen.

Man erinnert mich, daß ich diesen schon allzulangen Brief beenden muß. Ich tue es, indem ich Sie brüderlich umarme.

Dmitrow, Gouvernement Nostal 28. April 1919. Peter Krapotkin.

Ein Wortbruch der Regierung.

Um die überleitete Zerteilung der Arbeiter und Angestellten in zwei Gruppen endlich zu überwinden, haben von allem Anbeginn an die Rätevertreter für eine völlig gemeinsame Wahlhandlung zu den Betriebsräten gekämpft. Nach der selbstgeschaffenen, freigesetzten Essener Wahlordnung vom 18. Januar wählten Angestellte und Arbeiter Betriebsräte gemeinsam, wobei aber der Angestelltenminderheit eine besondere reichliche Vertretung gesichert wurde. Ihnen standen immer zwei Vertreter gegen drei Arbeitervertreter zu, die aber alle fünf aus einer einheitlichen Abstimmung hervorgingen. Danach wurde sowohl im rheinisch-westfälischen wie auch im halleischen Bezirk bei den ersten selbständigen Betriebsratswahlen verfahren. Die einfachen Arbeiter begriffen sofort mit sozialistischem Empfinden die Notwendigkeit der gemeinsamen Wahl. Sie gaben gern den der Zahl nach verhältnismäßig stärker vertretenen Angestellten ihre Stimme. Umgekehrt setzte sich dieser Gedanke bei den Angestellten nur zögernd durch, weil in ihrer Abhängigkeit die Angst vor dem Unternehmer und vor einer nicht gesegneten Wahl sie teilweise noch lähmte.

Als dann aber diese Wahlen nach dem mitteldeutschen Generalstreik im Weimarer Abkommen vom 12. März im Einvernehmen mit der Regierung geregelt wurden, sprach man in dem für die Wahl maßgebenden Satz auf Verlangen der streikenden Arbeiter von „gemeinsamer, geheimer und unmittelbarer Wahl“. Wörtlich wird in den Abmachungen festgehalten:

„Sobald nach den gesetzlichen Vorschriften Arbeiter- und Angestelltenauschüsse nicht bestehen, erfolgt die Wahl des Betriebsrats durch die Arbeiter und Angestellten unmittelbar. Der Betriebsrat besteht bei einer Belegschaft bis zu 100 Personen aus 3 und bei einer Belegschaft von über 100 Personen aus 5 Mitgliedern. Besteht der Betriebsrat aus 5 Mitgliedern, so muß sich in ihm ein kaufmännischer und ein technischer Angestellter befinden.“

Aber — wie schon gesagt — gewählt wurde gemeinsam, die Arbeiter stimmten mit über die Angestellten- und die Angestellten mit über die Arbeitervertreter ab. Das war die erste rechtliche Grundlage für die auf Grund der kapitalistischen Entwicklung, des Krieges und der Revolution notwendig gewordene Verbrüderung der Angestellten- und Arbeitergruppen. Die Reichsregierung gab damals unter dem Druck des Generalstreiks durch den Mund des jetzigen Ministerpräsidenten Bauer die klipp und klare Erklärung ab, daß sie bei der reichsgerichtlichen Regelung der Betriebsratswahlen für diese gemeinsame und unmittelbare Wahl eintreten würde. Einen Protest, den rückschrittliche Angestelltingruppen durch den Abgeordneten Schneider bei den Schlussverhandlungen dagegen einlegten, nahm der damalige Arbeitsminister Bauer überhaupt nicht an! Er wies ihn mit einer Handbewegung ab.

Was aber müssen wir trotz all dieser Erscheinungen und Vorgänge erleben? Das Betriebsratgesetz, das in

diesen Tagen in der Kommission der Nationalversammlung steht, enthält genau wie das verpönte Hilfsdienstgesetz der Kriegszeit doch wieder die Zerteilung der Tätigen in besondere Angestellten- und Arbeitergruppen. In § 12 heißt es ganz kalt und reaktionär:

„Die Mitglieder des Betriebsrats, die Arbeiter sind, werden von den Arbeitern, die Mitglieder, die Angestellte sind, von den Angestellten des Betriebs oder der Betriebsleitung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.“

Die Regierung hat also ihr Versprechen, das sie den Streikenden gab, nicht eingelöst! Sie hat die gemeinsame Wahl von vornherein fallen lassen! Und es zeugt nur für ihr Schuldbewußtsein, oder von einem letzten Rest von Scham über den Wortbruch, wenn sie in späteren Paragraphen es der Beschlussfassung der Gesamtbelegschaft der Arbeiter und Angestellten überläßt, die gemeinsame Wahl in beiderseitigem Einverständnis herbeizuführen.

Diese Bestimmung enthält ein starkes Stück Heuchelei, denn die Regierung weiß es, oder muß es wissen, daß gerade nach ihrer Loslösung der Angestellten von den Arbeitern die Kapitalisten auf Teile der Angestellten noch so starken Einfluß haben werden, daß sie die Zustimmung der Angestellten zur gemeinsamen Wahl zu verhindern in der Lage sind.

Zu den schlimmsten Folgen wird diese Zerteilung der in den Betrieben Beschäftigten aber erst dadurch führen, daß die Regierung auch noch den beiden Gruppen eine weitere Lostrennung voneinander vorschreibt, indem Arbeiterangelegenheiten nur von der Arbeitergruppe, Angestelltenangelegenheiten nur von der Angestelltengruppe erledigt werden sollen.

Damit fügt die Regierung ihrem Wortbruch noch einen völlig unsozialistischen Liebesdienst an die Kapitalisten hinzu! Alle Hoffnungen, daß im Betriebsrat durch gemeinsames Auftreten den kapitalistischen Profitinteressen des Einzelunternehmers im Interesse der werkschaffenden Menschen entgegengetreten werden kann, sind dahin, den Unternehmern wird wieder die Möglichkeit gesichert, nach dem schönen altpreussischen Lösungswort: Teile und herrsch! die beiden Gruppen gegeneinander aufzuspitzen, sie gegeneinander auszuspielen und zu mißbrauchen, wenn er es für seine schädigen Portemonnaieinteressen für notwendig hält.

War deshalb während der großen Streikbewegungen in Rheinland und Westfalen, in Mitteldeutschland und Berlin Ende Februar neben dem Kontrollrecht der Betriebsräte die gemeinsame Wahl eines der Hauptkampfbjekte, so haben aus dem gleichen Bewußtsein der Zusammengehörigkeit heraus auch spätere Betriebsratkonferenzen in diesem Sinne entscheidende Stellung genommen. Insbesondere hat die am 10. Juli auf Veranlassung der Reichsregierung und des Zentralrats in Berlin tagende Konferenz der aus den Betrieben zusammenberufenen Vertreter sowohl der Angestellten, wie der Arbeiter sich unbedingt auf den Boden der gemeinsamen und einheitlichen Wahlhandlung gestellt.

Die Regierung verflüchtigt sich also nicht nur an ihrem eigenen Wort und an dem revolutionären Rätegedanken, sondern sie steht auch in schroffem Widerspruch zu allen bisher in Betriebsräten praktisch tätigen Arbeitern und Angestellten, mit deren Widerstand sie aufs schärfste rechnen muß. Wer mit so rauher Hand in die hoffnungsvolle innere Entwicklung der Menschen zum Sozialismus eingreift, und sich so völlig zum Diener kapitalistischer Interessen macht, der ruft alle fortschrittlichen Elemente des Proletariats zum Kampf gegen sich auf. Bestimmt die Regierung in letzter Stunde sich nicht noch auf ihr Wort, so wird durch Aktionen der Arbeiter und Angestellten sie erst wieder zur Besinnung gebracht werden müssen, wie es einst im Februar geschah.

Auf die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung braucht kein Arbeiter mehr Hoffnungen zu setzen, sie werden den Wortbruch nicht verbessern, sondern verbässern. Wollen die Arbeiter wirkliche Demokratie auch in den Betrieben, so müssen sie sich sie selber holen und schon jetzt für den eigenen Weiteraufbau neue Kampfkämpfe wahlen.

Aus der Partei.

Eine kommunale Beratungsstelle.

Eine vorbildliche Einrichtung haben unsere Genossen im Hallischen Bezirk geschaffen. Ungefähr 2000 Mitglieder unserer Partei sind im Regierungsbezirk Merseburg als Stadtorbane, Gemeindevertreter, Kreisabgeordnete, Ortschulzen, Amtsvorsteher usw. tätig. Um nun eine einheitliche Kommunalpolitik zu ermöglichen und um den einzelnen Stadtvorordneten und Gemeindevertretern bei der Stellungnahme zu besonderen Fragen beizustehen, ist die kommunale Beratungsstelle beim Bezirkssekretariat in Halle geschaffen worden. Eine innige Verbindung zwischen dieser Beratungsstelle und den einzelnen Fraktionen der Stadtvorordneten und Kreisabgeordneten wird hergestellt, um demnächst auch eine Stadtvorordneten-Beratungskommission und eine Kreisabgeordneten-Kommission zu bilden. Diese beiden Körperschaften werden dann gemeinsam mit der Beratungsstelle des Bezirks für eine klare Kommunalpolitik im Sinne der U. S. P. sowohl in den Städten, wie auf dem Lande wirken. Ferner wird das Bezirkssekretariat demnächst einen Leitfaden für Gemeinde- und Amtsvorsteher herausgeben, um unsere Genossen, die in diesen Tagen in großer Anzahl die Amtsstuben des Regierungsbezirks Merseburg übernehmen, mit neuem Ritzzeug für ihre Aemter zu versehen. Diese Maßnahmen des Hallischen Bezirkssekretariats sind höchst nachahmenswert, Erfolge zu sichern!

Die neuen Nachfüllpreise für MAGGI'S Würze:

Flasche Nr. 0 1 2 3 nachgefüllt Mk. —.25 —.50 —.85 1.75





# Morgen Sonntag Ball

In folgenden Lokalen von

## Leipzigs Umgebung

Verein der Saalhaber im Bezirk der Amtshauptm. Leipzig. Geschäftsstelle: Gasthof Zweinaundorf, Tel. 7642



**Baalsdorf** Gasthof  
Inhaber: Anna verw. Fritzsche  
Öffentliche Fernsprechstelle

**Böhlitz-Ehrenberg** Grosse Eiche  
Inh.: Oswald Richter  
Fernsprecher 34032

**Böhlitz-Ehrenberg** Ritterschloßchen  
Barneck, Inh. S. Ma-  
nns. Fernspr. 84114

**Cröbern, Gasthof**  
Inhaber:  
O. Liebezelt

**Dölzig** Gasthof goldener Hirsch  
Inhaber: Oswald Rosch  
Fernsprecher 84088

**Engelsdorf, Gasthof**  
Inhaber:  
Robert Hesse  
Fernspr. 1112

**Gasthof Schiessgraben** bei Göhren  
Inhaber:  
Ernst Mühlberg

**Grassdorf, Gasthof**  
Inh.: Carl Schmidt  
Fernspr. 875  
Amt Taucha

**Grossmiltitz** Gasthof  
Inhaber: Robert Deubel  
Fernspr. 348 Amt Markranstädt

**Grossstädteln** Feldschloß  
Inhaber: Georg Naumann  
Öffentl. Fernsprechstelle

**Grosszschocher** Gasthof z. Trompeter  
Inh.: Anna verw. Hempel  
Fernsprecher 41085

**Grosszschocher** Gasthof Windorf  
Inhaber: Friedrich Döle  
Fernsprecher 40822

**Hänichen** Sächsisches Haus  
Inhaber: Karl Kühn  
Öffentliche Fernsprechstelle

**Hirschfeld, Gasthof**  
Inhaber:  
Gustav Naumann  
Öffentl. Fernspr.

**Holzhausen** Sächsisches Haus  
Inhaber: Max Schweizer  
Fernsprecher 16866

**Knautkleeberg** Gasthof z. weiss. Ross  
Inhaber: Hermann Schlippe  
Fernsprecher 40089

**Leutzsch** Schwarzer Jäger  
Inhaber: Ernst Diecke  
Fernsprecher 5748

**Liebertwolkwitz** Drei Linden  
Inhaber: Richard Brühel  
Fernsprecher 1848

**Liebertwolkwitz** Gambrinus  
Inh.: Fr. verw. Kühne  
Fernspr. 87 Amt Liebertwoltz

**Lindenthal** Deutsches Haus  
Inhaber: Otto Hönemann

**Lützschena, Gasthof**  
Inhaber:  
Ernst Lindner  
Fernspr. 80812

**Markleeberg** Gasthof Heltzer Bliok  
Inhaber: Ida verw. Mocker  
Fernsprecher 86651

**Mölkau, Gasthof**  
Inhaber:  
Hermann Mading  
Fernsprecher 60667

**Panitzsch, Gasthof**  
Inh.: Paul Wippler  
Fernsprecher Nr. 80  
Amt Borsdorf

**Paunsdorf** Alter Gasthof (Endstation  
Inhaber: Richard Albrecht  
Fernsprecher 60288

**Paunsdorf** Neuer Gasthof  
Inhaber: Friedrich Müller  
Fernsprecher 60941

**Plaussig, Gasthof**  
Inhaber:  
Hermann Fiedler

**Rückmarsdorf** Gasthof z. Sandberg  
Inhaber: L. Creutzmann  
Fernsprecher 84022

**L.-Schönefeld** Gesellschaftshaus  
Inhaber: Karl Gerloke  
Fernsprecher 14889

**Seehausen, Gasthof**  
Inh.: R. Schlippe  
Fernspr. 4688  
Sonntag und Montag: Ortskirmes.

**Sommerfeld** Alter Gasthof  
Inhaber: Hermann Böhme  
Fernsprecher 85 Amt Borsdorf

**Wahren Birkenschloßchen**  
Inh.: Otto Lehmköke — Fernsprecher 18948

**Wahren Terrasse u. Obstweinschenke**  
Inhaber: Wilhelm Krämer. Fernspr. 51828

**Wiederitzsch** Alter Gasthof  
Inhaber: Robert Käppert  
Fernsprecher 18781

**Wiederitzsch** Neuer Gasthof  
Inhaber: Paul Boruckessel  
Fernsprecher 11981

**Zöbiger Friedenseiche**  
Inhaber: Max Ilge

**Zöbiger Gasthof zum Damhirsch**  
Inhaber: Max Schulz — Fernsprecher 85683

**Zweinaundorf** Gasthof  
Inhaber: Bernhard Petzold  
Fernsprecher 7642  
Sonntag und Montag: Ortskirmes.

# Schlosskeller Lichtspiele

Dresdner Str. 56  
Eingang Heinrichstr.  
Fernruf 15937.  
Vom 24. bis 27. Oktober

**Die Hochzeitsnacht.**  
Das Schicksal eines schönen Mädchens in 8 Akten.

**Pepita.**  
Drama aus dem spanisch-amerikanischen Kriege  
in 8 Akten.

**Lenes Liebestraum.**  
Lustspiel in 2 Akten mit Rita Clermont und  
Lena Voss.

**Kabarett - Kino**  
**Das Duell.**  
Urkommische Posse.

**Tanz-Einzel-Unterricht**  
Spez. f. Alt. Damen  
u. Herrn, erteilen zu jeder Zeit  
unentgeltl. Schnell u. gründlich  
G. Töppler u. Frau  
Mitglied d.  
J. L. T.  
Fronmannstraße 5, pt., Ecke  
Böhlchenstr., Nähe Steinbühl.

**Walzer Rhaingänger**  
und Konior  
lehrt jeden Sonntag v. 3-4 Uhr  
G. Töppler und Frau  
Mitgl. d. J. L. T. Restaurant  
Excoletor, Zauhaer Str. 25.

**Tanz-Unterricht**  
Walzer, Rhaingänger,  
Spez. f. Alt. Damen u. Herren lehrt  
zu jeder Tageszeit Schnell u. grdl.  
C. Mochel, Mitgl. d. J. L. T.  
Leipzig-Vo., Austr. 23, III.  
Brau- u. Saal: Nikolaistr. 10, p. 1.

**Tanz-Kursus.**  
Nur für Anfänger.  
Beginn: Mittwoch, 29. Okt.  
abends 7 Uhr. Kaiser Friedrich,  
B.-Gohlis, Mendestraße 24.  
Anmeldung dort täglich von  
abends 7 Uhr an. Ausbildung  
nach leicht fasslicher Methode  
gründlich. Honorar gering.

**Tanzstunde.**  
**M. Pause**  
Hotel Brandenburger Hof  
Mittelstraße 11.  
Jeden Dienstag, Donner-  
stag, Freitag  
**Übungs-Abend**  
von 7 Uhr an.  
Honorar für Sirkel 20 Mk.  
Eingelunden zu jeder  
Tageszeit.  
Eintritt und Anmeldung  
kann jederzeit erfolgen.  
**M. Pause**  
Tanzlehrer, Karlstr. 20, II.

Der billigere Verkauf von  
**Damenhüten**  
dauert fort. Es bietet sich  
jeder Dame Gelegenheit,  
einen wirklich modernen  
billigsten Hut zu kaufen.  
Modenhüte zu jedem an-  
nehmbareren Preise.  
Oscar Weiss Tauchaer  
Strasse 11  
Telephon 7058.

Ich will mich  
belleben machen  
durch meine  
saubere und  
preisw. Arbeit  
Ferd. Fischer  
Tauchaer Straße 10. Uhrmacher.

**Mantel - Stoffe**  
für Damen und Kinder  
in pa. reinerwollener Ware  
Preis von 28 Mk. an  
**Herren - Stoffe**  
prima Qualitäten, in reiner  
Wolle 50cm br. 85000, an-  
geschaut, Muster 5 Tage  
zur Wahl, franco exp. franco.  
**Bruno Arnold**  
Sidonienstr. 55  
früher 40  
Spezialhaus f. Kleiderstoffe

**Karl Pinkau**  
Photographisches Atelier  
Leipzig  
Tauchaer Straße 9  
Telephon 981

Zur Erwerbsgründung.  
5000 chemisch-technische Rezepte  
10 Mk., 1000 chemisch-technische  
Rezepte 3 Mk., zusammen 15 Mk.  
Beide Werke von Chemiker  
L. Schwarz & Comp.,  
Verlagsbuchhandlung  
Berlin FA 14, Annenstr. 24.

Ziehung 5. u. 6. Nov. 1919.  
**9. Geld-Lotterie**  
der Königin-Carola-  
Gedächtnis-Stiftung.  
Sargwinne, ob. jed. Abz.  
**225 000**  
Hauptgewinn  
**25000**  
**15000**  
**10000**  
Auf je 10 aufeinander-  
folgende Nummern min-  
destens ein Gewinn.  
**Los 1 Mk.** Porto und  
Zu haben beim  
Hauptvertrieb  
**Invalidentank**  
für Sachsen, Leipzig,  
Universitätsstrasse 4.  
Verkaufsstellen durch  
Plakate kenntlich.

**Gasthof Lausen** Telefon  
Markranstädt  
55.  
Morgen Öffentl. Ballmusik Es ladet ergebenst ein  
Sonntag **Franz Bernhardt**

**Gasthof Cradefeld.**  
Morgen Sonntag  
von 4 Uhr an:  
Neueste Tänze. Speisen und Getränke der Zeit entsprechend.  
Es ladet freundlichst ein  
**Große Ballmusik.**  
Der Besitzer.

**Gasthof Modelwitz**  
Freundlichst ladet ein  
**Neue Sonntag Ball.**  
Ernst Kohl.

**Tanz-Schule**  
Schnorrstr. 10, I. 1. Max Thiele, Schloßg. Fernruf 40708.  
Neue Kurse jeden Monat. Einzel-Privatunterricht.  
Vehrsäle:  
1. Kursus am 3. Nov. Gasthof Neureuditz,  
2. " " 4. " Goldene Aue, V.-Sellenhausen,  
3. " " 5. " Schloß Lindenfeld, V.-Walgau,  
4. " " 6. " Alter Gasthof, Rodau,  
5. " " 7. " Wäghäuser Reithalle, Kleinösch,  
6. " " 8. " Gymnasium, Leipzig.  
Um recht baldige Anmeldung bitten!  
Max Thiele, Tanzlehrer.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Einem werten Publikum zur  
gefälligen Kenntnis, daß ich  
hier, Bayersche Str. 50, eine  
**Zigarren-, Wein- und Spirituosen-Handlung**  
eröffnet habe. Ich empfehle  
mein reichhaltiges Lager und  
zeichne - - Hochachtungsvoll  
**Alfred Steuer, Leipzig, Bayersche Straße 50.**

**Lichtspiele**  
**Alber - Halle**  
Um denjenigen Besuchern, welche den  
grossen Sensationsfilm  
**Panopta I. Teil**  
noch nicht gesehen haben, Gelegenheit zu  
geben, sich denselben anzusehen gelangt  
dieser Film nochmals täglich  
bis 27. Oktober zur Aufführung.  
Ab 28. Oktober folgt  
**Panopta II. Teil.**  
Niemand versäume, sich diesen Detektiv-Sen-  
sationsfilm anzusehen - Dazu:  
**Salonpiraten**  
Detektivfilm in 3 Akten.  
Anfangs Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 1/2 4 Uhr - Bis 7 Uhr Jugendvorstellung

**Brandenburger Hof** Mittel-  
str. 11.  
Morgen 4 Uhr  
Mittwoch 7 Uhr: **Grosser Fest-Ball** 9 Uhr Kontor  
Tanz frei.  
Plottes Orchester. — **Pikantes Amusement.** — Inh. Ella Jähnigen.